

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mf. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Seitenseite 40 Pfsg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Die Arbeit hoch!

Die Arbeit hoch! Schlecht Brüder seit die Reihen — „Gewerkschaftsbund“ soll heut die Lösung sein,
Vereinte Kraft bringt fröhliches Gedanken
Dem Schutz der Schwachen wir auf's neu uns weih'n
„Dem Volk zur Ehr, gilt edle Wehr,
Der Arbeit hell'gem Recht;
Die Arbeit frei, nicht Mammons Knecht!“

Ob Hobel, Pinsel, Nadel oder Kelle,
Ob lies im Bergwerk, ob an Schiffes Bord,
Die Arbeit arbeitet, gleich ob Hammer, Elle
Wir brauchen; gleich an welchem Arbeitsort.

Der starken Arme Kraft, des Geistes Eile,
Geiwick und Fleiß der deutschen Arbeit, schuf
Des Landes Reichtum mit zum großen Teile,
Vom Schlossmast bis zu Rosses Eisenhuf.

Schöß, deutsches Land, der Arbeit fleiß'ge Hände,
Gen Ungetüm und Golbes Uebermacht.

Die Arbeit reiche in dem Kranz der Stände
Der Welt ein Bild von Deutschlands inn'rer Pracht.

Ihr Geister all, die ihr der Arbeit Würde
Verkündet habt, für Volkes Wohl gestrebt,
Dank Euch! Die ihr trotz mancher schweren Würde
An deutscher Arbeit Schutzkleid habt gewebt.

Die Arbeit hoch! Schlecht Brüder seit die Reihen
„Gewerkschaftsbund“ soll heut die Lösung sein,
Vereinte Kraft bringt fröhliches Gedanken
Dem Schutz der Schwachen wollen wir auf's neu uns weih'n.
„Dem Volk zur Ehr gilt edle Wehr,
Der Arbeit hell'gem Recht
Die Arbeit frei, nicht Mammons Knecht!“

Die Knappfahrtklassen und deren Bedeutung für unsere Hüttenarbeiter.

II.

Zu unserem ersten Artikel I über diesen Gegenstand sind die allgemeinen Unterschiede zwischen Knappfahrtspensions- und Werkspensionsklassen dargelegt worden. Heute sollen noch einige Ergänzungen folgen. Während die Werkspensionsklassen (z. B. bei der Firma Krupp) den Mitgliedern erst nach 15 Jahren (Feuerarbeiter) und nach 20 Jahren den übrigen Arbeitern das Recht auf Pension im Falle der Arbeitsunfähigkeit zuerkennen, also jeder, der vorher ablebt, aber auch jeder, der vorher arbeitsunfähig wird, keinen Anspruch auf Pension hat, erhält jedes Knappfahrtspensionsmitglied schon nach spätestens 5 Jahren Pension. Die Höchstwartezeit ist gesetzlich auf 5 Jahre festgesetzt, jedoch zahlen schon manche Kassen nach einjähriger Mitgliedschaft im Falle der Invalidität Pension. Alle aber, die die Arbeit wechseln, erhalten ihre Rechte aufrecht und wer aus dem Berufe ausscheidet, kann sein Recht für wenig Geld (höchstens 1 Mf. pro Monat) ebenfalls aufrecht erhalten. Ende 1906 betrug in den preußischen Knappfahrtvereinen die Zahl dieser Letzteren 18 845.

Das Fazit des Vergleichs ist also folgendes: Während die Angehörigen, bzw. die Beitragzahlenden der Werksklassen im Durchschnitt nicht einmal zur Hälfte zu einer Pension gelangen, ist die Möglichkeit in den Knappfahrtklassen nach höchstens fünfjähriger

Wartezeit für jedes Mitglied ohne Einschränkung gegeben, ob es die Werkstatt wechselt, oder nicht, ob es die Berufssarbeit ausübt, oder nach 5 Jahren Invalidität wird, bleibt sich gleich. Die Knappfahrtklassen sind also Träger einer wirklichen Arbeiterversicherung, während die Werksklassen nur wesentlich eine Beziehung an das betreffende Werk darstellen, den Namen einer allgemeinen Wohlfahrtseinrichtung aber nicht beanspruchen können.

Doch auch die Bindung an das Werk, also den eigentlichen Standort, erfüllen sie nicht einmal! In den drei großen Eisenwerken zu Essen, wo solche Pensionklassen vorhanden sind, wechselten im Jahre 1907 40,3% und 73,7% Personen vom Hundert der Beschäftigten, die Arbeitsstätte. Dahingegen wechselten auf den Werken, die zum Alzeyer Knappfahrtverein gehören, nur 3 vom Hundert. Als Grund für den geringen Wert sei hier die Gewerbeverteilung genannt und gute Behandlung an. Diese Mittel sind von vielen Seiten längst als die allein wirk samen anerkannt worden, um den Arbeiterwechsel einzudämmen, leider nur vielfach von den Unternehmern noch nicht. Diese müssen Werkspensionsklassen mit 25jähriger Rentenzzeit und schwarze Listen haben. Ein weiterer Vor teil der Knappfahrtklassen ist, daß sie die Witwen- und Waisenversicherung aufhalten und zwar gezwunglich festgelegt, was bis heute der Reichsversicherung noch fehlt.

Es darf mithin ruhig gesagt werden: Die Knappfahrtklassen enthalten im Prinzip alles, was man ein modernes Versicherungswesen nennen kann. Nun soll nicht gesagt werden, daß auch in vielen Knappfahrtklassen noch manches faul ist, was aber auf die gemachten Fehler in der Vergangenheit zurückgeführt werden muß. Die Staatsregierung hat zu lange mit der Reform gezögert, in manchen, ja vielen Kassen, haben die Unternehmer geringere Beiträge gezahlt, ja Unternehmer und Arbeitervertreter haben vielfach der Arbeiterschaft das Loblied niedriger Beiträge gesungen und war es trotz vielfach äußerst geringer Beiträge dahin gekommen, daß eine große Anzahl Knappfahrtklassen schwer in Schulden geraten waren.

Das neue Knappfahrtsgesetz hat insofern hierin Änderung geschaffen, als es eine sicher Grundlage für die dauernde Leistungsfähigkeit der Kassen an seine Mitglieder vorschreibt. In den Krankenkassen muß ein Reservestand angesammelt werden, der die Ausgaben der letzten drei Jahre dividiert durch 3 beträgt, mit anderen Worten, den durchschnittlichen Jahresbetrag der letzten drei Jahre. Für die Pensionsklassen, für welche bisher auch noch das Umlageverfahren bestand, ist das Kapitaldeckungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben worden, wodurch für jedes Mitglied sein Anspruch sicher gestellt wird. Die Höhe des Krankengeldes muß mindestens die Hälfte des den Beiträgen zu Grunde gelegten Lohnes betragen, ist aberstellendurch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitervertretern schon höher. Die Festsetzung der Höhe der Beiträge wie auch der Pensionen für Invaliden, Witwen und Waisen, sowie die Höhe der außerordentlichen Unterstützungen, Begräbniskosten und dergl., ist in Hände der Beteiligten gelegt. Arbeitgebervertreter und Arbeitervertreter, die aus Büchsen hervorgehen, bestimmen alle diese, gerade für die Arbeiter so wichtigen Dinge.

Wie ungeheuer wichtig da die Wahl tüchtiger, rücksichtsvoller und intelligenter Arbeitervertreter notwendig ist, liegt auf der Hand. Tüchtige, rücksichtsvolle Arbeitervertreter sage ich, sind notwendig! Warum? Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Werksbesitzer nicht nur allein vielfach mehr Wert auf möglichst niedrige Beiträge, als auf hohe Pensionen gelegt haben. Ferner hat die Vergangenheit gezeigt, ja, auch die Gegenwart zeigt es noch recht häufig, daß die Werksbesitzer ihre Herrschaft und Macht nicht auf die Bevölkerung und den Kunden der Knappfahrtklassen mehr auszudehnen suchen, als es im Gesetz liegt, so z. B. das Bestreben je mancher Werksbesitzer, durch alle Mittel möglichst viele Beamten als Arbeitervertreter wählen zu lassen. Als bestes Mittel sehen sie hierzu die öffentliche Wahl der Knapp-

fahrtklassen, die auf den Gang der Knappfahrtklassen einzuwirken verstehen, an; das hat die Knappfahrtreform im Ennigerländer und Bochumer Knappfahrtverein bewiesen.

Den besten Rückhalt bieten den Knappfahrtklassen aber die Organisationen; daher sollten sich die Knappfahrtmitglieder selbst den Organisationen anschließen und vor allem dafür sorgen, daß nur organisierte Arbeiter als Knappfahrtkästler gewählt werden und nicht die sogenannten Liebhaber und Pöbelchenjäger.

Intelligente Arbeiter sollen gewählt werden? Jawohl! Die Aufgaben in den Knappfahrtklassen, ja die Interessen der Mitglieder an dem weiteren Ausbau der Klassen sind außerordentlich groß, bedeuten tatsächlich für sie zu gewissen Zeiten eine Lebensfrage; ebenso für die Angehörigen.

Zoll aber der Ausbau der Knappfahrt- besonders der Pensionklassen, ist der für die Arbeiter richtigen Weise vor sich gehen, sollten die Knappfahrtklassen in jungen und alten Tagen eine ausreichende Stütze für die Mitglieder werden, so ist die Mitarbeit der Mitglieder und vor allem der jüngsten unentbehrlich, da ja die Werksbesitzer kein Krankengeld und keine Pensionen bezahlen, daher auch nicht so interessiert sind. Ohne einschlägige Kenntnis der Kasseneinrichtungen, ihrer Grundlage, ihres Aufbaues, ist aber eine förmliche Mitarbeit einfach unmöglich.

Es ist heute leider die verkehrte Ansicht vielfach verbreitet, ein Knappfahrtklassenwesen wäre ein gesundes, wenn es am Schluß des Jahres hohe Überschüsse aufweist. Dieses mag für den reinen Finanztechniker richtig sein, nicht aber für den Volkswirtschaftler und ganz sicher nicht für die Arbeiter, die ihre Pensionen aus solchen Kassen bezahlen. Gut ist eine Knappfahrtklasse nur dann, wenn sie imstande ist, ihre Mitglieder in jungen und alten Tagen so zu unterstützen, wie es die Zeitverhältnisse erfordern. Eine Kasse, die an ein pensioniertes Mitglied vor 30 Jahren bei 25jähriger Dienstzeit dieselbe Pension zahlte, wie sie heute nach 25jähriger Dienstzeit zahlt, wäre kein gesundes Institut mehr, wenn sie aug noch so hohe Überschüsse mache.

In den Knappfahrtklassen muß deshalb fortwährend ein reformatorischer Geist herrschen. Wird derselbe aber nicht von den Arbeitern, bzw. deren Vertretern hineingetragen, so wird man ihn äußerst selten finden. Um aber fortwährend reformatorisch zum Nutzen der Arbeiterschaft wirken zu können, ist eifriges Studium der ganzen Materie notwendig, da man mit Aufstellung von Forderungen allein den Werksbesitzern nicht imponiert. Forderungen der Arbeiter müssen heute sowohl mit der Notwendigkeit derselben, als auch mit dem Nachweis, daß sie möglich sind, durchzuführen, verschenken sein, andernfalls fällt man mit ihnen ab.

Gerade aber beim Knappfahrtspensionsklassenwesen ist die Materie nicht so leicht. Das Reichsinvalidengesetz sieht gelegentlich die Höhe der Beiträge vor, ebenso nach der Höhe der Beiträge die Renten. Die Arbeitsunfähigkeit tritt ein, falls der Versicherte einen gewissen Prozentsatz des Gehalts eines Arbeiters mit gleichartigen Fähigkeiten und gleichen Alters, der noch gesund ist, nicht mehr verdient kann. Eine solche Arbeitsunfähigkeit kennt das Knappfahrtsgesetz nicht! Die Invalidität tritt hier vielmehr schon dann ein, wenn der Versicherte unfähig zur Berufssarbeit ist; daher auch die Tatsache, daß die Knappfahrtliche Invalidität meist früher erfolgt — im Bergbau 3 bis 4 Jahre — ehe die Reichsinvalidität eintritt. Hier ist es möglich, einen gewissen Einfluß darauf zu gewinnen, wenn die Berufsunfähigkeit vorhanden ist. Ein gewichtiger Faktor ist es, daß die Arbeiter einen Blick dafür haben, ob Beiträge und Pensionen im richtigen Verhältnis zu einander stehen. (Bei Krankenkassen ist dieses schon bedeutend leichter). Hier spielen aber mancherlei Dinge wesentlich mit. Das Durchschnittsalter der gesamten Mitgliedschaft; denn je jünger die Mitgliedschaft im Durchschnitt ist, desto länger wird sie durchweg auch noch arbeitsfähig bleiben, Beiträge zahlen, ohne Pension zu beziehen; ferner die durch-

Aus dem Jahresbericht der Elsaß-Lothringischen Gewerbeinspektion 1907.

Schätzliche Rentabilität, das heißt die Zeit, wo Beiträge gezahlt werden, außerseits wieder die Dauer der Pensionsbezugszeit, die ja einen wesentlichen Einfluss auf die Kasse ausübt. Ferner die Gesundheitsschädlichkeit des Berufes, denn je gesundheitsschädlicher der Beruf, je eher tritt die Arbeitsunfähigkeit ein.

Weiter ist dann das Alter der Personen zu berücksichtigen, aus welchen die der Kasse angehörenden Werke ihre neuen Arbeitskräfte rekrutieren, ebenso, wie lange wohl noch eine allgemeine Aussicht auf das Bestehen der betr. Industrie, oder der Werke vorhanden ist. Nicht zum allerwenigsten aber, ob die aktiven, Beiratshabenden Mitglieder sich noch stark vermehren, auch in absehbare Zukunft, oder ob schon ein gewisser Beharrungszustand vorhanden ist. Dann auch fällt schwer in die Wagschale, wie hoch der Prozentsatz der Rentenempfänger zu den noch Beitrag zahlenden Mitgliedern ist. Es ist nicht gleich, ob 10 aktiven, zahlenden Mitglieder 2, 3, 4 oder gar 6 und 10 Rentenempfänger gegenüberstehen; zumal hente, wo in manchen Knappschäfts-Pensionskassen nicht so viel schuldenfreies Vermögen vorhanden ist, als die Renten, denen ic. der vorhandenen Rentenempfänger bis zu deren Abschieden erforderlich sind. Alles dieses sind Dinge, die die Arbeitervertretet für die Kasse, an der sie tätig sein sollen, — bis zu einem gewissen Grade wenigstens, studieren sollten.

Besonders aber die in solchen Bezirken tätigen Arbeiterführer müssen sich mehr, als bisher geschehen, auf dieses Gebiet wenden. Das Material zu einem Teil dieses Studiums findet man in der „Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen“, zum Teil in den „Jahresberichten der einzelnen Knappschäftsvereine“, zum Teil im „preuß. Berggesetz“. Auch die Statuten der betreffenden Vereine sind gut zu studieren. Den Mitgliedern müssen Vorträge gehalten, und sie so zur Erkennung und Wertschätzung ihrer Knappschäfts-Kassen erzogen werden. Geschicht dieses, so sind die Mitglieder auch für Reformen nicht nur zu haben, sondern selbst eifrig tätig. Reformbedürftig sind aber noch alle preußischen Knappschäfts-Kassen, ja alle Kassen werden stets reformbedürftig bleiben, weil sie sich immer neuen Zeitverhältnissen und neuen Wirtschaftsverhältnissen anpassen müssen.

Die Krankengelder, Pensions- und Verlegerfragen sind noch nicht so groß, wie es die Arbeiterschaft verlangt kann. Die geheime Weltauswahl muss gesetzlich für alle Knappschäftsvereine festgelegt werden. Die Frage des Eintrittes in die Invalidität ist noch nicht genügend geklärt und noch so manche andere Dinge barren ebenfalls noch der Lösung. Hier müssen Organisationen der Arbeiter, Knappschäftsältesten und Knappschäftsmitglieder zusammenarbeiten, falls alle diese Fragen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend und zur Bestecktheit der Arbeiter gelöst werden sollen.

In der nächsten Nummer sollen neben einigen Vorberungen für alle Knappschäfts-Kassen, mehrere einzelne Knappschäftsvereine nebeneinander gestellt, Beiträge und Leistungen miteinander verglichen und die notwendigen Reformen besprochen werden.

Der kürzlich erschienene Bericht der Gewerbeinspektion von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1907 hat in der Presse zum Teil schon eine eingehende Beurteilung erfahren. Es wurde da auch teilweise der Gewerbeinspektion das Zeugnis ausgestellt, daß sie es sich habe angelegen sein lassen, in objektiver Form zu berichten. Diesem Urteil können wir uns dieses Jahr anschließen.

Aus dem Berichte ist zu erkennen, daß 7 Beamte in ihrem Dienste tätig sind. Der Beamtenkörper sieht sich zusammen aus: 4 Gewerbeinspektoren, 2 Hilfsinspektoren, sowie einer Assistentin. Außerdem sind in der Stadt Straßburg 4, in den Städten Haguenau, Kehl, Gebweiler, Markirch, Mülhausen, Molsheim und Saargemünd je ein technischer Beamter des städt. Bauamts zu Assistenten des Gewerbe-Aufsichts-Beamten, für den Arbeiterschutz bei der Ausführung von Bauten in den genannten Städten bestellt.

Die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter in Elsaß-Lothringen ist im Berichtsjahr wiederum gestiegen. Sie betrug insgesamt 232 106. Ein Vergleich mit den letzten Jahren, ferner die Verteilung dieser Arbeitskräfte, ergibt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

Jahr	männl. Arbeiter	Arbeiter jg.	Kinder	zusamm.
	Arbeiter	innen (14—18 J.) u. 14 J.		
1905	158 563	44 778	15 017	1146
1906	162 674	45 041	15 816	1181
1907	167 855	46 145	16 679	1429
				232 106

Im Vergleich zum vorigen Berichtsjahr ist also die Zahl der erwachsenen, männlichen Arbeitern gestiegen um rund 5181, die der weiblichen um rund 1104, die der jugendlichen um rund 860 und die der Kinder um 246. Die Zahl der Fabriken und der diesen gleichwertigen Anlagen, die der Gewerbeinspektion unterstehen, betrug 7890 gegen 7628 im Jahre 1906 und 7502 im Jahre 1905.

Die Revisionstätigkeit der Gewerbeinspektion und Bergrevierbeamten hat im Berichtsjahr ebenfalls eine Steigerung erfahren. In den Fabriken und den diesen gleichwertigen Anlagen, in den Bergwerken, Salinen wurden 3087 Revisionen gegen 2784 im Jahre 1906 vorgenommen. Davon 120 bei Nacht und 155 an Sonn- und Festtagen. Dreimal wurden 318, drei und mehrmal 169 gewerbliche Anlagen revidiert. Die Zahl der revidierten Fabriken u. c. belief sich auf 2077 oder 25,9 Prozent der vorhandenen Betriebe. Die Inspektion umfaßte aber 134 590 oder 48 Prozent der vorhandenen Arbeiter. Hierzu waren 76 548 erwachsene Arbeiter, 23 250 Arbeiterinnen, 8631 jugendliche Arbeiter und 746 Kinder unter 14 Jahren.

Zu überhandlungen gegen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter wurden im Berichtsjahr 158 festgestellt, gegen 125 im vorhergehenden Jahre. Die Zahl ist also gesunken. Es wurden 11 Fälle geschwindiger Beschäftigung von Kindern und 122 Verstöße gegen die geistige Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher Personen festgestellt. Die meisten Verstöße (auch bei den jugendlichen Arbeitern) entfallen auf die Textilindustrie, Anlagen zur Herstellung von Zigarren, die Kleider- und Wäschekonf-

dunkler Tannenwald ins Tal hinab. An den Bergabhängen liegen, eingezäunt, grüne Viehweiden, auf denen schafe die Rinde graßen oder wiederföhrend im Schatten eines Baumes ausruhen. Drunter den Talgrund deuten wohlbestellte Ackerfluren und hübsche Wiesen, die ein eilendes Bächlein durchfließt. Da näher wir uns einem verstreut liegenden Gehöft. Ein schwärztes Schieferbach deckt das Haupthaus; dessen Wände sind lebhaft weiß getrichen, aber die Balkenlagen des Fachwerks sauber schwarz gefärbt, während die Fensterläden in frischem Grün uns entgegenleuchten. Ost auch überkleidet Schieferplatten die Seitenwände des Hauses. Ein behaglicher und langer Zug weht über das ganze Gehöft; denn ebenso nett und sauber sind auch die Seitengebäude des Gehöftes. Wenn wir näher kommen, schallen schmetternde Klänge und Wasserausflüsse uns entgegen, und mit Interesse treten wir in die Räume ein, deren Besichtigung uns der biedere Besitzer gern gestattet.

Ich hatte mir bei meinen Streifzügen im Gebiete von Solingen und Remscheid die größte Mühe gegeben, noch ein Hammerwerk ausfindig zu machen, das ganz unberührt vom Fortschritt moderner Technik, noch in der Art der Barbare feinen Betrieb ausübt. Die heutigen Großindustriellen der genannten Städte leben in einer anderen Zeit, und ihre Ratschläge könnten mir bei meinem Vorhaben wenig dienen. So übersiegt ich die „Entdeckung“ des mir vorliegenden Betriebes dem Zufall, und ich hatte Glück dabei. Von einem zärtlichen Remscheider Großindustriellen, der sich soeben mit einer Abhandlung über die Geschichte der dortigen Stahlindustrie beschäftigte, erfuhr ich nachträglich, daß es in der Tat wohl der uralteste und eigestaltigste Hammer der ganzen Gegend ist, zu dem mich die auf eigene Faust unternommene Sucht geführt hatte.

Das Werk liegt in einem Seitental des Wupper. Ein munterer Bach fließt in ihm durch Wiesengräben hinab. Wald und Gebüsch überkleiden die Höhen, und in heller Frühlingspracht leuchtet das Goldgelb der blühenden Birkenblätter. Im tiefen Grunde liegt der

Hammer, daneben auch noch ein kleiner Schleifkotten; sonst walten Stille und Einsamkeit rings umher. Das saubere Wohnhaus des Besitzers steht in der Nähe jenseits des Baches. Dies macht darin einen sauberen Eindruck. Während wir einen Augenblick auf den Besitzer warten, plaudern wir mit den reinlich gesetzten Kindern, die uns zutraulich von ihren kleinen Freunden erzählen.

Der Hammer liegt augenblicklich still; es fehlt an Aufträgen, wie uns der Besitzer sagt. Der führt uns nun bereitwillig in sein Werk. Es öffnet sich eine breite Tür; und wir treten ein in einen großen, dämmrigen Raum. Wirkungsvoll fällt seitliches Licht durch etliche kleine Fenster. Es rückt einzelne Gegenstände, darunter den wichtigen Hammer, in prächtige Beleuchtung. Eine Rembrandtsche Meisterhand hätte dieses Bild behandeln müssen, um es in seinem kräftigen Ausdruck darzustellen. Nun führt uns der Besitzer vor den Hammer, den Mittelpunkt des ganzen Betriebes. Uns zuerst zeigt er ihm sogar in Betrieb: ein Druck auf einen Hebel und draußen öffnet sich das Wehr. Wir hören das Wasser rauschend auf's Rad schlagen und sehen nun, wie sich dessen Achse langsam in Bewegung setzt. Sie ist aus dem einzigen Stamm einer Nieseneiche gebildet und hat einen Durchmesser von über 1½ Meter. An ihrer Oberfläche ist in der Mitte ein Kreis von schweren, eisernen Zapfen eingeschlagen, von denen jeder einzelne beim Rundlaufen der Achse wechselseitig den unteren Teil des schweren Hammerstieles fasst und für ein Weilchen niedergedrückt. Beim Loslassen fällt dann der Hammer mit Wucht und schmetterndem Ton auf den Amboss, worauf schnell der folgende Zapfen den Stiel des Hammers wieder gefasst hat und niedergedrückt. Dies ist noch ganz unverändert der uralte Betrieb der Vorzeit, wie ihn schon vor vielen Jahrhunderten das gesetzte Wasser der eilenden Bäche in unseren Gebirgen ins Leben rief.

Der ganze Ausbau des Hammers ist ein gelegener Meisterstück des ehramen Handwerks verloren jener Zeiten. Nicht umsonst trägt er deshalb den Namen des ehemaligen Besitzers und die Jahreszahl

Das Klein-Stahlgewerbe der Gegend von Solingen und Remscheid.*)

Ein Krauses Gewirr von Höhenrücken und wasserreichen Tälern deckt weite Gebiete des bergischen Landes. In den hochgelegenen feuchten Wiesengräben der obersten Talböden liegen die Quellen zahlreicher, munterer Bäche, die geschwängert mit starkem Gerölle zum Teil der Wupper sich zuwenden. So fehlt es nicht an lebendiger Kraft in dieser seit alters her von einer fröhlichen und unternehmenden Bevölkerung besiedelten Landschaft. Die Bewohner haben sich denn auch schon frühzeitig diese Vorteile, welche die umgebende Natur ihnen bot, zunutze gemacht, die kleinen Wässerlein vielfältig gestaut, und ihre Kraft geregelt und damit außer dem Betrieb der Del- und Mehlmühlen die einfachen Werkstätten mit treibender Kraft versorgt, in denen die Männer ihr „Eisen recken“ und ihre Schwerter schliffen.

Es liegt eine eigene Poetie in diesen kleinen und ursprünglichen Betrieben, von denen noch immer in der Solinger und der Remscheider Gegend eine große Anzahl vorhanden ist, wenn auch ihre Menge und Bedeutung gegenüber den großen, zusammenfassenden Betrieben von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Du durchquerst ein anmutiges Tal. Waldbedeckte Höhen bilden seine Umräumung, neben Buchen- und Eichenbeständen schaut hier und da ein ernster,

*) Eine ganze Anzahl ähnlicher Abhandlungen des Verfassers über die verschiedensten Geirberbezirke sind kurzlich in Buchausgabe unter dem Titel: „Deutsch-Franz. Wanderungen durch die Fabriken, Werkstätten und Handelshäuser Westdeutschlands“, im Verlag von F. B. Bachem-Köln, (gebunden 3,80 M.), erschienen. Wir haben schon in Nr. 33 dieses Blattes gesagt, daß vorzügliche Buch verdiene in jeder Privat-, zum mindesten aber in jeder Ortsgruppenbibliothek, vorhanden zu sein. Bestellungen werden durch die Zentralvermittlung.

vermittelten und einzuhalten. Die Fortsetzung dieser Bestimmungen ist daher mehrfach seitens unserer Organisation hingerichtet worden, doch leider bis heute ohne Erfolg.

Den Arbeitersorganisationen waren von jeher die Gewerbeinspektoren von Straßburg, Kaiserslautern und Mühlhausen gut gesinnt. Auch scheint es, daß Herr Gewerberat Alc von Meß im Laufe des letzten Jahres eingesehen hat, daß nur durch die Organisation ein friedliches Zusammenarbeiten möglich ist.

Doch in seinem Jahresbericht von 1906 schrieb er: „Die Sache, die durch die Würde der örtlichen Gewerkschaften gefügt wird, wird Früchte tragen, die sehr wahrscheinlich dem Mann einmal bitter schmecken werden.“ und auf Seite 70: „den wirtschaftlichen Leitern der Bewegung kommt es hauptsächlich auf die Stärkung der Partei an, das Wohl der Arbeiter kommt erst in zweiter Linie.“ Im Bericht von 1907 heißt es auf Seite 73: „Die Arbeiterschaft bedarf gut geleiterter Organisationen, da durch Gesetze und Verordnungen nur ein gewisses Maß der sozialen Missstände behoben werden kann. Es ist nicht ausführbar, den Arbeiterschutz soweit zu betreiben, daß alle Missstände behördlich geregelt werden. Für die Beseitigung der vom Gesetz nicht getroffenen Missstände müssen die Arbeiter selber sorgen und ihren Bemühungen wird der Erfolg nicht versagt bleiben, wenn sie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel vernünftig und maßvoll in Anwendung bringen.“ — Damit können wir uns als christliche Gewerkschaftler rückhaltslos einverstanden erklären.

Eine Prüfung der Tätigkeit der Gewerbeinspektion in Elsaß-Lothringen fällt im Vergleich mit anderen Inspektionen recht zum Nachteil derselben aus. Im deutschen Reich betrug der Durchschnitt der revidierten Anlagen 1904 50,1, in Elsaß-Lothringen 25,7 Proz. Die Zahl der revidierten Arbeiter im Gesamtdurchschnitt des Reiches 80,2, in Elsaß-Lothringen 58,3 Proz.

Im Jahre 1905 zeigte sich sogar eine Verschlechterung. Der Reichsdurchschnitt betrug hier bei den revidierten Anlagen 51,2, in Elsaß-Lothringen 24,3 Proz., der revidierten Arbeiter im Reich 81,4, in Elsaß-Lothringen aber nur 52,8 Proz. Für 1906 betrugen die Zahlen der revidierten Anlagen im Reichsdurchschnitt 52,5, in Elsaß-Lothringen 24,5; die Zahl der revidierten Arbeiter im Reichsdurchschnitt 92,9, in Elsaß-Lothringen 57,2. Im Jahre 1907 hat sich das Verhältnis noch nicht verbessert, wurden doch nur 25,9 Proz. der vorhandenen Betriebe revidiert und die Zahl der revidierten Arbeiter betrug sogar nur 48 Proz. Dieser Missstand kann aber erst beseitigt werden, wenn die Zahl der Beamten vermehrt wird, ferner wird es nur dann möglich sein, die vielen Missstände in den verschiedenen Betrieben zu beseitigen, wenn auch Arbeiter zur Mitarbeit herangezogen werden.

G. E., Diedenhofen.

Das Verkehrswesen Deutschlands.

Im neuesten statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich finden wir auch wieder eine Aufstellung über die verschiedenen Verkehrsanstalten, Verkehrs-

seiner Errichtung eingeschükt auf dem oberen Querbalken. Die gewaltigen, aufrechten Säulenposten, in welche die Achsen des Hammerstieles eingelassen sind, haben gleichfalls einen Durchmesser von fast 1½ Meter. Tief ist der Amboss in die Böden eingebaut und sein Grundgestütze fest und solide errichtet. So hält er ruhig und ohne zu wanken, die wuchtigen Schläge des Hammers auf.

In der Nähe liegt das Herdfeuer. Es ist eingerichtet just wie die Feuerstätte in einem alten Bauernhause und auch kaum wesentlich geräumiger. Ein kleiner Wasserabfluß treibt noch ein besonderes Rad, das den Blasebalg in Bewegung setzt. Neuerdings ist zu diesem Zweck noch eine Wasserturbine eingebaut. Mächtiges Gebäck trägt die Decke; eine alte, zinneine Lampe hängt wie ehedem herab. Auch noch manches anderes Gerät aus früherer Zeit liegt über steht umher.

Der Besitzer ist sichtlich erfreut über das Interesse, das wir seinem Betrieb entgegenbringen. Und in der Tat, wie wenig ist solche Teilnahme heutzutage noch vorhanden. Die Welt schrattet — nein, sie jagt voran. Stets wird Neues erforschen, immer unveränderbar gestalten sich die Maschinen; der Dampf, die Dampfturbinen, die Elektrizität liefern jetzt die treibenden Kräfte. Das gewerbliche Leben vollzieht sich in rascher Hast. Wer hat da noch Zeit, sich um das Verloste, Alte, Rückständige zu kümmern?! Mag auch noch so viel Poesie, noch so viel Wertvolles für die Kenntnis und Beurteilung früherer Zeitschichten darin stecken, mögen noch so interessante Streiflichter auf den Entwicklungsgang der Industrie daraus fallen, man findet nicht Muße, sie zu beachten. Wir hatten dagegen die Zeit dazu und sahen uns gründlich alles an. Der Besitzer passte zu seinem Werk; er war Optimist, vertraute noch auf seinen guten Stern und glaubte, daß auch wieder besserer Drücken für seinen einfachen Betrieb kommen würden. Wer hätte über's Herz bringen können, durch pessimistische Bemerkungen solch schönes Vertrauen zu trüben?! Der Meister arbeitet in diesem Werk nur mit einem Gelehrten und einem Gehilfen, und doch ist er darin in

mittel und Vertriebsleistungen im Deutschen Reich. Ein Einsicht in diese Tabellen gibt uns eine gute Übersicht über das gesamte deutsche Verkehrswesen. Am Schlusse des Jahres 1906 bestanden im Deutschen Reich insgesamt 39 623 Postanstalten, darunter 5061 bayerische und 1083 württembergische. In diesen Anstalten waren im Jahre 1906 eingegangen 4831,3 Millionen Briefe und Pakete mit einer Wertangabe von zusammen 18 865,7 Millionen M. Die eingegangenen Nachnahmesendungen hatten im Jahre 1906 einen Wert von 928,8 Millionen Mark, die Postaufträge wiesen die Gegenwartsumme von 712,3 Millionen Mark auf, und die eingegangenen Postanweisungen lauteten insgesamt auf 12 162 Millionen Mark.

In den 34 469 Telegraphenanstalten waren 43,6 Millionen Telegramme eingelaufen, die Leitungsräume des Telegraphenheimes halten eine Länge von 555 700 Kilom., die Zahl der Fernsprechstellen war auf 28 085 angewachsen, Fernsprechstellen wurden 677 000 ermittelt. Auf den gesamten Fernsprechleistungen von 3 315 000 Kilom. wurden im Jahre 1906 1352,5 Millionen Gespräche übermittelt. Stellen wir die Einwohnerzahl zu den Leistungen der Post in Vergleich, so entfielen pro Kopf der Bevölkerung 79 Briefe, 3,6 Pakete, 308 M. an eingegangenen Wertbriefen und 199 M. an Postanweisungen. Auf jeden Einwohner entfielen ferner rund 22 Ferngespräche, dagegen kamen auf je 10 Deutsche im Durchschnitt nur 7 Telegramme. Das Personal der Post setzte sich zusammen aus 296 738 Beamten, darunter entfielen 11 350 auf Württemberg und 23 606 auf Bayern.

Die vollspurigen Eisenbahnen im Deutschen Reich hatten Ende 1906 eine Länge von 35 518 Kilometer erreicht, die Hauptbahnen waren 33 503 Kilom. lang, die Nebenbahnen 22 115 Kilom., zu dem gesamten Bahnetz gehörten noch 4169 Kilom. Privatbahnen. Das für den Bau der vollspurigen Eisenbahnen aufgewandte Kapital betrug Ende 1906 15 041 Millionen M. oder pro Kilometer Bahnlänge 269 800 M. Der Gesamtaufwand von 2628 Millionen M. stand im Jahre 1906 eine Gesamtausgabe von 1397 Millionen M. gegenüber, so daß ein Betriebsüberschuss von 932 Millionen M. verblieb; Es entspricht dies einer Verzinsung von 6,35 Prozent. Im Reichsdurchschnitt waren angezeigt 840 434 Personen, es waren dies 229 463 etatsmäßige Beamte, 24 164 dienstliche Beamte und 391 807 Arbeiter. Die Betriebsmittel auf den vollspurigen Eisenbahnen setzen sich zusammen aus 22 855 Dampflokomotiven, 47 057 Personentagen und 479 592 Güterwagen.

Im Jahre 1906 sind befördert worden rund 1200 Millionen Personen, so daß im Durchschnitt auf jeden Einwohner annähernd 20 Eisenbahnfahrten kamen, wird 473 Milliarden Tonnen Güter oder in Zentner umgerechnet pro Kopf 157 Zentner.

Von viel geringerer Bedeutung sind die schmalspurigen Eisenbahnen. Bei einer Gesamtlänge von 2766 Kilom. war bei den schmalspurigen Eisenbahnen ein Ansagekapital von 155,6 Millionen Mark verwendet; die Betriebeinnahmen stellten sich auf 12,8 Millionen M. die Ausgaben auf 9,6 Millionen M., so daß ein Überschuss von 3,2 Millionen M. verblieb, was einer Verzinsung von 2,3 Prozent entsprach. Auf den schmalspurigen Eisenbahnen wurden 5690 Beamte

seiner Arbeit ein kleiner Krapp von ehedem. Er arbeitet selbst ärger wie jeder Fabrikarbeiter und ist doch sein eigener Herr und Meister, gleich dem größten Fabrikherrn. Das ist ein treffliches Verhältnis, aber veraltet für unsere Zeit, ebenso wie das Werk worin es sich abspielt. Der Gefelle entpuppt sich als Original; er ist 60 Jahre alt. Fabriken mit modernem Betrieb sind ihm ein Grauel, und er würde nicht darin arbeiten, wenn sein Verdienst auch noch so viel größer würde. Aber seine Grundsätze zwingen ihn zum Feiern, und er muß nun vorübergehend draußen im Felde und im Garten arbeiten. Ich habe das alles so ausführlich geschildert, weil ein großes Bild sozialen Wandels sich uns darin vor Augen stellt; und ich kann nicht leugnen, daß es mir ganz wehmüdig zu mutte war, wie es einem jeden ist, der einen lebendigen Organismus hinweisen und absterben sieht, der Schönnes und Großes für seine Zeit geleistet hat.

Diese Betrachtung führt zu einem weiteren Gedanken und einer Mahnung an die Städte, in deren Bereich solche irdäumlichen Anlagen der Vorzeit heute vereinzelt noch liegen. Nehmen wir Rentschid! Bewundernswert hat sich diese Stadt verschönert, und mit ihrem wechselvollen Häusermeer und ihren ragenden Türmen auf beherrschender Höhe gewährt sie heute schon ein bedeutendes und eigenartiges Stadtbild. Über neben all diesem äußern Schmuck, neben den Türmen und Denkmälern, wäre die Erhaltung eines solchen, schlichten Betriebes der Vorzeit doch auch eine gute Tat, zu der die reiche Göttin gewiß gern die Mittel spenden würden und zu der die Stadt selbst ebenso ruhbringend ihren Beitrag zusteuern könnte, weil sie einen Alt der Pietät darstellt. Es gibt nicht nur Natur- und Kunstdenkmäler, die erhalten werden müssen, es gibt auch Denkmäler des Gewerbelebens, aus deren Zeitanfang heutige und zukünftige Erinnerung, Mitleid und Ehrfurcht vor der Arbeit ihrer Väter schöpfen können.

(Schluß folgt.)

und Schlepper beschafft. Zu den schmalspurigen Eisenbahnen kommen noch die Kleinbahnen, wie Straßenbahnen und ähnliche Unternehmungen; es wurden Ende 1906 ermittelt 3612 Kilom. Straßenbahnen und ähnliche Unternehmungen und 8550 Kilom. unbahnähnliche Kleinbahnen. Über den Bestand an Kraftfahrzeugen liegt bereits eine Statistik vom 1. Jan. ds. J. vor; danach waren im Deutschen Reich bereits 36 000 Fahrzeuge in Verwendung gegen 27 000 nach dem Stand vom 1. Januar 1907.

Über den Bestand an Fluss-, Kanal-, Hafen- und Küstenschiffen sind wir nur aus dem Jahre 1902 unterrichtet. Damals wurden aus dieser Kategorie gezählt 24 839 Fahrzeuge mit 4,9 Millionen Bruttotonnen. Hinsichtlich des Bestandes der deutschen Seeschiffe (Kaufschiffes) liegen auch bereits Erhebungen vom 1. Januar 1908 vor. Es wurden gezählt 3045 Segelschiffe, 304 Schleppschiffe (Seeleichter) und 1922 Dampfschiffe, zusammen 4571 Seeschiffe mit 71 825 Mann Besatzung. Von großem Interesse ist auf der einen Seite der Rückgang der Segelschiffahrt, der jetzt wieder zum Stillstand gekommen ist und auf der andern Seite die gewaltige Entwicklung der Dampfschiffahrt. Im Jahre 1871 waren auf den deutschen Segelschiffen 31 739 Personen tätig, zu Beginn dieses Jahres nur noch 12 800. Dagegen war die Besatzung der deutschen Seebäumper auf Zahl gestiegen, von 4736 im Jahre 1871 auf 67 995 in diesem Jahre. Ganz besonders ist die Segelschiffahrt in der Ostsee zurückgegangen. Im Jahre 1871 wurden im Ostgebiet 2006 Segelschiffe mit 459 000 Breg.-T. und 17 316 Breg.-T. und 979 Mann Besatzung gezählt. Demgegenüber war der Rückgang der Segelschiffahrt im Nordseengebiet nur gering. Im allgemeinen zeigt sich in der Seeschiffahrt immer mehr die überragende Bedeutung von Hamburg und Bremen. Rund 75 Prozent der deutschen Seeleute sind auf hamburgischen und bremischen Schiffen tätig.

Zum Kapitel Arbeitsnachweise.

Die Arbeitsnachweise spielen in der Arbeitersbewegung eine große Rolle. Sieher werden sie von ihren Arbeitsherrn nicht in der richtigen Weise gewürdigt. Auch viele Arbeitgeber finden es nicht nötig, wenn bei ihnen Stellen frei sind, oder es sind sonst welche zu besetzen, infolge vermehrter Aufträge oder Betriebsvergrößerungen, diese ledigen Stellen durch die Arbeitsnachweise besetzen zu lassen. Gewöhnlich erst in elster Stunde, das heißt, wenn sie sonst nicht die genügende Anzahl von Arbeitern bekommen könnten, laufen sie zum Arbeitsnachweis. Er ist ihnen also nur Notbehelf.

Andererseits kann man aber auch feststellen, daß hunderte von Arbeitern es verschmähen, auf den Arbeitsnachweis zu gehen; lieber „slopfen“ sie sämtliche „Buden“ ab. Um nun aber in der heutigen schlechten Konjunktur, wo Tausende Kollegen arbeitslos sind, diese wichtige Frage einer weiteren Klärung entgegenzuführen, möchte Schreiber dieses den Ortsverwaltungen einen Vorschlag machen. Während meiner Wanderschaft bin ich durch verschiedene große und kleine Städte gekommen, in welchen unser Verband vertreten ist. Ich muß freudig anerkennen, daß sich die meisten Kollegen die größte Mühe gegeben haben, mit Arbeit zu verschaffen und zwar auf Grund ihres lokalen Arbeitsnachweises, den sie führten. Nach meiner Ansicht sind diese Einrichtungen doch nicht genügend und wir müssen Mittel und Wege suchen, die Arbeitsvermittlung weiter auszubauen.

Dazu möchte ich vorschlagen, daß Ortsgruppen im Umkreis von höchstens 3—4 Tagesreise (zu Fuß) sich zusammen schließen. Von diesen Ortsgruppen wird eine als die Trägerin des Arbeitsnachweises gewählt. Sämtliche Ortsverwaltungen müssen an einem bestimmten Tage an die Geschäftsführer, welche Stellen zu besetzen sind und wieviel arbeitslose Kollegen am Platze sind. Man könnte hierbei folgendes Schema wählen:

Ortsverwaltung : : : : :

Offene Stellen: Arbeitslose Kollegen:

Veruf	St	Bemerkung	Veruf	St	Bemerkung
Schlosser	2	sof. zu melden	Schlosser	1	
Schmiede	1	in 8 Tagen frei	Schmiede	1	
Klempner	1		Klempner	—	

Hierauf macht der Geschäftsführer eine Zusammenstellung und versendet an jede verantwortende Ortsverwaltung eine solche. Hierzu könnte folgendes Schema gewählt werden:

a) offene Stellen:

Veruf	St	St	St	St	Bemerkungen
Schlosser usw.					

b) arbeitslose Kollegen:

Veruf	St	St	St	St	Bemerkungen
Schmiede usw.					

Dadurch gewinnt nun jeder Kollege eins genaue Überblick, wo Stellen zu besetzen und wo man im Bedarfsfalle rasch einen Kollegen holen kann. Außerdem ist dies aber auch für wandelnde Kollegen von großem Vorteil. Sie

brauchen, wenn sie in einer Stadt keine Arbeit finden können, nicht mehr so ins Blaue hineinlaufen, sondern man kann ihnen dann gleich sagen, daß man dort bestimmt in Arbeit ist. Um dieses durchzuführen, muß jeder Stolzose seine Ehre darin sehen, jede offene Stelle direkt seinem Vorsitzenden zu melden. Dieser darf wiederum nicht versetzen, in jeder Vorstands- und Vertrauensmännerstellung und in jeder Versammlung auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Arbeitsnachweises hinzuweisen. Ferner darf er es nicht untersetzen, plakatisch und genau an den Vorsitzenden des Arbeitsnachwesels (Geschäftsführer) zu betonen.

Dann dürfte es sich aber auch empfehlen, wenn die befreiteten Geschäftsführer mit einander in Verbindung treten. Der Kostenpunkt ist kein sehr großer. Es kommt auf jede Ortsverwaltung wöchentlich 6 Pfsg. Porto. Papier usw. macht wenig aus. Wir könnten also mit wenig Geld Großes und Gutes erreichen zum besten des Verbandes und seiner Mitglieder. Manche Mark würde dadurch gespart, weil sie sonst als Unterstützung bezahlt werden müßt.

Karl Sauer, Olbenburg.

Aus dem Bereich der Hüttengewaltigen im Bezirk Mülheim-Oberhausen.

In unserem Verbandsorgan Nr. 22 vom 8. August 1903 sind die Geheimstatuten der Eisenkönige aus dem Oberhausen-Mülheim-Duisburger Industriebezirk abgedruckt. Jeder Gewerkschafter, der sie gelesen hat, wird unwillkürlich den Kopf geschüttelt haben über die rührende Sorgfalt der Industriellen gegenüber den Arbeitern. Also, „seßhaft, solide und der Ordnung zugängig“ sollen alle Metallarbeiter durch den Geheimbund gemacht werden. Der Hauptgebanke bei dieser Geheimbündelei ist aber der, daß man die Arbeiter eben nur noch als willen- und achloses Werkzeug beschäftigen will. Leider ist es hier noch so bestellt, daß die Industriellen bei einer solchen Aushungierungspolitik selbst Helfershelfer unter der Arbeiterschaft finden, die ihnen die Steigbügel halten. Ich meine hier diejenigen Arbeiter, welche aus nichtssagenden egoistischen Gründen sich der Organisation nicht anschließen. Es wäre in all den Werken gar nicht möglich, unter den dort herrschenden Missständen jahrelang seufzen zu müssen, wenn die Arbeiterschaft sich organisiert hätte und sich nicht direkt in ihr Schicksal, welches wohl gebessert werden kann, ergeben würde. Gleichzeitig kann und Menschenbewußtsein, und die Verhältnisse würden sich bessern. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiter, welche aus der Haut ihrer Kollegen Rinnen schneiden möchten, b. h. die ernten wollen, wo sie nicht gesät haben. Und diesen das Wasser abzugraben, muß Aufgabe eines jeden ehrlichen Metallarbeiters sein.

Wenn wir den letzten Geschäftsbericht der Betriebskrankenkasse der Gutehoffnungshütte durchsehen, so finden wir dort, daß der Mitgliederbestand der Kasse am 1. Januar 1907 10 158 betragen hat. Neu aufgenommen wurden 7278, ausgetreten sind in dem Jahre 6924, davon 78 infolge Todes, es bleibt also ein ganz winziger Bruchteil von 354 Arbeitern, welche das erste Jahr ausgehalten haben. Unter solch starkem Arbeiterwechsel ist es dem Werke ein leichtes, die dort herrschenden Missstände weiter bestehen zu lassen, ja, jeden Tag kommen neue hinzu. Schlechte Behandlung und Drangsaliertung durch die Herren Vorgesetzten ist dort gang und gäbe. Wenn Schimpfworte oder schwere Gefosse nicht mehr ziehen, setzt es Ohrfeigen oder etwas mit dem Gummischlauch ab; die Arbeiter sollen sich schämen, daß man so etwas der Öffentlichkeit mitteilen muß; einem standes- und menschenbewußten organisierten Arbeiter kann so was nicht passieren, der weiß sein Recht zu verteidigen. Statt, daß nun die unorganisierten Arbeiter sich ebenfalls auf sich selbst beschränken und sich der Organisation anschließen, die doch nur allein imstande ist, die Missstände usw. zu beseitigen, gehen sie hin und schlagen sich den Magen gehörig voll Alkohol, donnern am Dienstag mal ganz gehörig los und glauben dann das Vaterland gerettet zu haben. Am andern Morgen können sie den Geldbeutel zum Trocknen auf den Baum hängen und sich erkennen, ihrer Familie außer den enormen Lohnabgügen, welche die Firma eingestellt hat, wieder 10 und noch mehr Mark von der Lebensnotdurft durchgebracht zu haben. Wieviel mal hätte da schon der Organisationsbeitrag davon bezahlt werden können, der ihnen im Laufe der Zeit das zehnfache wieder eingebracht hätte. Hoffentlich kommen die Arbeiter der Gutehoffnungshütte bald zum Verstand.

Die Weltfirma Thyssen u. So. macht auch in letzter Zeit viel von sich reden, besonders deshalb, weil sie heimlich auch zu dem Geheimbund der Metallindustriellen gehört. Stark Arbeiterwechsel ist auf diesem Werke an der Tagesordnung. Die schwarze Liste vom Monat Juli weist allein 423 Namen auf, die der Meisterbude Valet gesagt haben. Auch hier handelt es sich hauptsächlich um eine ganz rigorose Behandlung seitens der verschiedenen Vorgesetzten, welche den Arbeitern Veranlassung geben, dem Eldorado den Rücken zu lehnen. Bei Vorstellung werden einer Kommission, welche sich über den Tauherdenkonkurrenz verschworen hatte, welchen verschieden Vorgesetzte führen, meinte die Betriebsleitung: „Na, so schlimm war das nicht gemeint.“

Es blieb dann eben beim alten, weil die Arbeiterschaft nicht organisiert war. Ein Meister sch. aus-

der Abteilung Maschinenfabrik verachtet es ganz besonders, den Arbeitern hörende Affordsäze auszubieten. Für eine Arbeit, die z. B. zwei Tage im Anspruch nimmt, kalkuliert der wohlhabende Herr einen Affordsatz von sage und schreibe fünf Mark heraus. Gewiß, man kann es genanntem Herrn nicht verdenken, hat er doch das Recht gehabt, an einer Stelle gestellt zu werden, wo er nichts von versteht. Nun ist es ja gerade nicht immer notwendig, daß man etwas verstehen muss, wenn man nur tüchtig schauten und aufmucken kann, dann werden die Arbeiter es schon machen. Um Befestigung von Missständen kümmern sich die Herren auch nicht. In Mülheim in einem Raum 12 Schmiedemaschinen, welche sehr viel Staub und gesundheitsschädliche Substanzen abwerfen, aber Ventilatoren oder Staubaufführungsmaschinen kennt man hier nicht. Dann noch die wunderschöne Einrichtung der Kontrolluhren. Wenn der Arbeiter beim Portier anlautet, muß er seine Kontrollkarte abnehmen. Dann geht es spontanisch zur Waschkaue zum Umkleiden, und wehe demjenigen, welcher in seiner Werkstatt angelangt seine Karte geknüpft und dann noch vergessen hat, seinen blauen Anzug zuzuknöpfen, denn das muß unbedingt vor Beginn der Arbeit geschahen. Punkt 7 Uhr muß Maschine und Arbeiter am Pauken sein. Auf anderen Werken hat man noch bis zu 5 Minuten Zeit, ehe man bestraft wird. Hier aber heißt es, wer nicht puntum anfängt, hat Strafe zu erleiden.

Wenn man auch hier wiederum fragt, wodurch ist das möglich? Dann ist es dieselbe alte Geschichte, weil seine Organisation vorhanden ist, welche die Arbeiter schützt, aber die Thyssenschen Arbeiter haben keine Organisation nötig, bis daß es zu spät ist.

Auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim herrscht eine Waschavirtschaft, die bald an russische Zustände grenzt. Hier heißt es einfach: „Entweder Sie machen die von uns verlangten Schichten, oder Sie hören auf. In 14 Tagen 230 bis 250 Stunden ist keine Seltenheit. Jede Woche zweimal 24 und fast regelmäßig einmal 36 stündige Schicht, dann noch jeden Abend 1-3 Stunden Überarbeit. Wer nun aber glaubt, daß bei einer so wahnsinnigen Überstundenschweferei die Arbeiter etwas mehr verdienten, der irrt sich. Bald jeden Tag werden Abzüge gemacht, weil die Arbeiter auch hier 50 Prozenten für Nichtzulassung zu zahlen. Geschimpft wird genug über das rigorose Vorgehen einzelner Meister, aber statt daß die Arbeiter den unsozialen Maßnahmen der Firma entgegentreten, wird eben noch toller darauf losgewöhnt, und so macht man die Scharte wieder wett. Die Krankenkasse des Werkes kann ein Dicke von der Überstunden-Schweferei singen, denn gegen Tag mehren sich die Krankmeldungen, und die Unglücksfälle haben statt abzugenommen. Einen Sonntag kennen viele Arbeiter des Werkes schon seit langer Zeit nicht mehr, ob die Firma hierfür auch die vorgeschriebene Erlaubnis hat, wissen wir nicht. Auf alle Fälle tätigt die Polizeibehörde aber ein gutes Werk, wenn sie hier eine scharfe Kontrolle in Bezug auf die Sonntagsarbeit ausübt, damit die Arbeiter auch wieder einmal einen Sonntag bekommen. Leider gibt es hier sogenannte tüchtige Paraderbeiter, die auf Befehl des Meisters erneut in einen Zementack kriechen; deinen ist es ganz gleichgültig, ob sie den Sonntag bei ihrer Familie oder in der Fabrik zubringen, das letztere wird von einigen sogar noch vorgezogen. Ist das Los des Metallarbeiters nicht ohnehin schwer genug bei einem geregelten Arbeitsverhältnis?

Die Arbeiter sollten der Organisation dankbar sein für das entschiedene Eintreten für sie. Gerade die Organisation und besonders der christliche Metallarbeiterverband ist die berufenste Vertreterin der Arbeiterschaft. Deshalb, ihr Metallarbeiter jedweder Art des Industriebezirks, schließt euch der Organisation an. Nur vereint läßt sich jede berechtigte Forderung durchsetzen. Deshalb nochmals: Wollt ihr, daß man euch als Menschen behandeln soll? Wollt ihr ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis? Dann tretet alle Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband bei, er beweist euch an seinen Erfolgen, daß vereint etwas Großes geschaffen werden kann!

Wer mit dem Leben spielt,
Kommt nie zurück,
Wer sich nicht selbst befiehlt,
Wbleibt immer knecht!

A. O.

Gewerkschaftlichkeit.

Koalitions-, „Freiheit“ und der § 153 (R.-G.)

Das Vorgehen des bohemischen Metallindustriellen-Verbandes gegen die Angestelltenorganisationen, speziell die Praktiken der gelben Augsburger Maschinenfabrik, hat die Koalitionsrechts-Debatte wieder mehr in den Vordergrund gerückt. Fast die gesamte Presse, mit Ausnahme der Schermacherm- und gelben Berlkopf, nahm kürzlich protestierend gegen den Koalitionsrechtskraub Stellung. Was hat's genutzt? Die öffentliche Meinung ausgepeitscht! Das war höchstens ein moralischer Erfolg, der zunächst die unmoralische Handlungswise ruhig weiter zwölft. Die Selbsthilfe bedarf der ergänzenden Staatshilfe. Zum allerwenigsten muß jeder Staat für alle Mitglieder gleiches Recht gestalten lassen. Der § 153 R.-G.-D. ist das Gegenteil hier von. Hat schon die juristische Auslegung in der Praxis sehr wenig Vertrauen bei der Arbeiterschaft gefunden, so ist doch das Grundübel im Wortlaut des § 153 zu-

sicher. Dieser Wortlaut bevorzugt das Unternehmer-Interesse und trifft nur einseitig die Arbeiter.

In der Organisationspraxis ist mit 8 verschiedenen Zwangsmöglichkeiten zu rechnen; 4 beziehen sich auf die Arbeitgeber-Organisationen (wie Materialsperrre u. dergl.) und 4 auf Arbeiterorganisationen. Raumangsthalber sei hier nur der letztere vier Zwangarten gedacht. Diese scheiden sich in zwei für und zwei gegen die Arbeiterorganisation. Praktische Beispiele erläutern uns hier am besten den merkwürdigen Schluß der „Arbeitswilligen“ durch § 153.

1. Beispiel: Vor einem Streik tritt ein organisierter Arbeiter an den unorganisierten Arbeitskollegen etwa mit folgenden Worten heran: „Du mußt dem Verband beitreten, mußt mithelfen, bessere Verhältnisse zu schaffen, außerdem geht's dir nicht gut.“ (Er will durch Drohung also seinen Arbeitskollegen zwingen zum Beitritt.) Das ist strafbar — je nach der Schärfe der Drohung bis zu drei Monaten Gefängnis.

2. Beispiel: Nach einem erfolgreichen Streik lehrt ein Arbeiter seiner Organisation — die ihn mit 272 Mark im Kampf unterstützte — den Sticken: „Sein Verbandskollege, darüber aufgebracht, sagt zu ihm: „Wenn du austrittst aus dem Verband, dann rausch's.“ (Er will durch Drohung seinen Kollegen am Rücktritt verhindern.) Auch dieser Fall ist gleich dem ersten strafbar bis zu drei Monaten Gefängnis. Diesen beiden strafbaren Zwangsmöglichkeiten stehen zwei nach § 153 strafreie Zwangarten gegenüber. Zwei Beispiele dazu entlehnen wir aus Augsburg:

3. Beispiel: In dem Rebers, bei der technischen Beamten aus fertigen mussten in der Augsburger Maschinenfabrik, heißt in Absatz 3: „Ein Beitritt zum Bund steht mir fern.“ Der Neversunterzeichner wird hiermit an dem Beitritt zu einer Organisation verhindert. Dieser Zwang ist straffrei.

4. Beispiel: Wie mancherorts der Arbeiterschaft, so wurden auch in Augsburg den Angestellten Beamten bezahlt für den Austritt aus der Organisation. (Also Zwang — wenn auch indirekt — zum Austritt.) Gibt diesen Zwang kann niemand nach dem heutigen Gesetz bestraft werden.

Der § 153 der R.-O. lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Ehrverleidung oder durch Berufsverklärung bestimmt oder zu bestimmten versucht, an solchen Verabredungen (§ 152 — an Organisationen) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine längere Strafe vorgesehen ist.“

Diesem Wortlaut und dem oben näher dargelegten zufolge ergibt sich: Der § 153 setzt Strafe für Zwang im Interesse der Standesorganisation; wenn nämlich 1. den Unorganisierten zum Beitritt zwingt, 2. den Organisierten am Rücktritt behindert, wird bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft.

Der § 153 kennt keine Strafe für Zwang im Interesse des ungeschmälernden Dividendenbegens; wenn nämlich 3. den Organisierten zum Austritt zwingt, 4. den Unorganisierten am Beitritt hindert, wird — vielleicht noch Kommerzienrat.

Wer seine Standesgenossen um bessere Existenzbedingungen abseits stehend kämpfen läßt, dann aber als Schmarotzer heraukommt, um an den Errungenen teilzunehmen, wer als Kassenmarder der Organisation den Rücken kehrt, all' diese Sauberer werden durch § 153 vor Zwang geschützt. Die Millionen Arbeiter, Bedienstete und Angestellten, die als standesbewußte Mitglieder eines Volkes ringen um Mitteilnahme an dem Aufstieg der Kultur — und das sind nicht die Schlechtesten ihres Standes — sie sind schullos gegen Zwang. Der § 153 kennt sie nicht. So ergibt sich folgender Schlussatz. Das Zuchthausgesetz wurde aufgehoben, nicht aber der aus jenem Zeitgeist geborene § 153 der R.-G.-O., der nur Klassenjustiz ermöglicht. Da müssen Resolutionen und Proteste wenig. Die Parole auf der ganzen Linie muß lauten: Hinrich in die gewerkschaftliche Organisation! Gewerkschaftliche Rechte von Missionen gibt auch die politische Einheit, als Wähler zu verlangen, gleiches Recht für alle, Freiheit der Selbstbestimmung nicht nur zugunsten des Standesvorrats, zugunsten unversetzter Profitlust und Menschenentrichtung, sondern auch zugunsten der Standessolidarität.

U. K., Nürnberg

Gelber Wirrwarr.

Die Oberhändler der gelben Streikbrechervereine sind sich in Berlin schrecklich in die Haare geraten, so daß es schon zu einer Spaltung gekommen ist. Der „berühmte“ Lebius und sein bisheriger Freund Beiersdorf, Verwalter der gelben Arbeitsnachweise, sagen sich in öffentlichen Erklärungen und noch mehr in geheimen Birkularen die ehrenhaftesten Dinge nach. In einem Birkular vom 24. August d. J. beschwört Lebius die Arbeitgeber Berlins, den Arbeitsnachweis des Beiersdorfs nicht mehr zu benutzen, „zumal sich Beiersdorf durch Erhebung einer Vermittlungsgebühr von 50 Pfsg. von jedem Arbeitslosen eine ergiebige Einnahmequelle zu verschaffen sucht“. B. habe sich ferner ausgedrückt, er wolle dafür sorgen, daß die Gelben „nicht mehr für Schnapsstullen zu arbeiten“ brauchen. Demgegenüber bringt Lebius seine und seiner Anhänger Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber den Unternehmen in empfehlende Erinnerung. Beiersdorf, der jetzt auch für seine Richtung eine neue Zeitung herausgibt, wirkt dem gelben Häuptling Lebius u. a. schönen Sachen auch vor, daß er schon Bel-Etage wähne, während früher sein Küchenpind in einer Eierküste bestanden habe. Die gelbe Arbeit muß mithin für die ersten Händler sehr einträglich gewesen sein.

In Süddeutschland sind sich die Gelben ebenfalls uneinig geworden. Zu der in Stuttgart erscheinenden „Gelben Arbeiterzeitung“ rückt der gelbe „Ritter von Beldegg“ weit ab von den Augsburger Gelben, die

stet den Namen „Geld“ im Innern befreit haben. Die Augsburger gelben Werkvereine seien nur „be-mit Leidenschaften Schuhstücke des Kom-men-zientrats zu“, beileibe aber keine echten „Gelben“. „Mit den rüdigatlosen Unternehmersklaven und zusammengetrommten Streitbrecherhorden“, heißt es in einem Aufruf desselben gelben Ritters, „die, um halbwegs reinlich zu erscheinen, sich in Deutschland Gelbe nennen, haben wir nicht das Ge-ringste zu tun“. Um diese Scheidung äußerlich zu dokumentieren, werde sich deshalb die „Gelbe Arbeiterzeitung“ in Zukunft „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ nennen.

So schämt sich eine Sorte der Gelben der andern. Was ist denn eigentlich echt und unverfälscht „Gelb“? Dieser Bank wäre zum Ergögen und Lachen, wenn es nicht so überaus traurig wäre, daß sich deutsche Arbeiter als Werkzeuge für diese beschämende Rolle als Verräter ihres eigenen Standes missbrauchen ließen. Hoffentlich wird manchem betörten Arbeiter durch diese Fassalgerei der gelben Handlanger die Binden von den Augen genommen werden.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Nach ein hohes Jahr später wie die übrigen Organisationen haben jetzt auch die Hirsch-Dunkerschen Organisationen eine Statistik für das Jahr 1907 herausgegeben. Sie ist trotz der Verzögerung äußerst mager ausfallen; von einem übersichtlichen Jahresbericht kann füglich nicht geredet werden. Das Jahr 1907 hat den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften gemäß diesem Bericht einen Mitgliederzuwachs von annähernd 10 000 gebracht, während bekanntlich die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften in demselben Berichtsjahr einen erheblichen Zuwachs verzeichneten. Die Mitgliederzahlen, Vermögensaufnahmen und Vermögen der S.-D. Berufsvereinigungen sind aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich:

Gewerkschaft der	Mitgliederzahl	Gesamt-einnahmen in M.	Vermögen in M.
Metallarbeiter	40 700	854 103	691 910
Kaufleute	19 933	183 528	262 844
Fabrik- u. Handarb. (Hilfs- u. Dienstleistungsarbeiter)	15 333	112 054	299 270
Textilarbeiter (Reichsläger)	6 164	42 992	41 892
Balearbeiter (Bildhauer, Schiffszimmerer)	6 493	132 541	76 913
Leberarbeiter	5 254	62 773	30 992
Schneidearbeiter	4 534	40 877	65 648
Köpfer (Keramikarbeiter)	1 671	10 392	33 409
Keramische Berufe (Gneisenberg)			
Maler	1 586	26 091	20 149
Zakalarbeiter	1 580	—	—
Bauhandwerker (Steinarbeiter)	1 128	16 969	9 104
Brauer, Konditoren (Lebensmittelbranche)	1 010	15 248	8 711
Frauen (Heimarbeiterinnen)	698	4 133	1 036
Gärtner	—	—	—
Diverse	165	1 679	94
Verarbeiter	2 113	27 095	23 220
zusammen	108 898	1 514 359	1 565 188

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der christlichen Gewerkschaften, so ergibt sich folgendes Bild. Im Jahre 1907 hatten:

Mitgliederzahl	Gesamteinnahme	Vermögen
Christ. Gewerkschaften	274 323	4 311 493
S.-D. Gewerkschaften	108 898	1 514 359
		1 565 188

Die christlichen Gewerkschaften hatten im Jahre 1907 einen Mitgliederzuwachs von über 27 000, die Hirsch-Dunkerschen einen Mitgliederverlust von 10 000. Die vorstehenden Zahlen wirken noch drastischer, wenn man in Rechnung zieht, daß die christlichen Gewerkschaften erst 10 Jahre, die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften dagegen schon 9 Jahre bestehen.

Im Geheimvertrag der Duisburger Eisenindustriellen.

In der Nr. 32 unseres Organs veröffentlichten wir ein Geheimabkommen zwischen den einzelnen Eisenwerken, des Duisburger Industriebezirks, durch das jeder Metallarbeiter, der aus irgend einem Grunde freiwillig oder gezwungen, das Arbeitsverhältnis löst, aus vier Monaten ausgesperrt wird. Für jeden Nebertretungsfall muß von demjenigen Arbeitgeber eine Konventionalstrafe von 1500 Mark gezahlt werden, welcher einen Arbeiter einstellt, der nicht vorschriftsmäßig vier Monate vorher von seinem leichten Arbeitgeber entlassen war. Unter den Vertragteilnehmern befinden sich die Rheinischen Stahlwerke, Hütte Phoenix, Thyssen & Co., Gütehoffnungshütte, Friedrich Wilhelmshütte, Niederrheinisch Hütte, Kupferhütte, Harkort, Bechem, Leestmann, Friedrich-Alfred Hütte (Krupp) u. a. m. Der geheime Vertrag der Eisengewaltigen war der Arbeiterschaft in seinen Folgen schon seit langem empfindlich fühlbar geworden. Nur war der Wortlaut bisher noch unbekannt. Unter der Arbeiterschaft daher die Veröffentlichung einer sehr verständliche Erregung hervorgerufen, die auch in zahlreichen, von unserem Verbande einberufenen Versammlungen laut wurde. Die Versammlungen, die z. T. in Duisburg, Ruhrort, Neiderich, Oberhausen, Mülheim (Ruhr), stattfanden, beschäftigten sich eingehend mit den Bestimmungen des Geheimvertrages und endeten durchgängig mit der einstimmigen Annahme einer entsprechenden Entschließung. Eine am 30. v. Mts. in Mülheim (Ruhr) stattgefundenen Protest-Versammlung nahm ebenso wie die vorhergegangenen Versammlungen folgende Resolution an:

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Statuten des Geheimvertrages der Industriellen des Bezirks Duisburg-Mülheim-Oberhausen, weil durch diesen Vertrag die Freiheit der einzelnen Arbeiter in ungesehlicher Weise eingeschränkt und die durch die Gewerbeordnung garantierte Freiheit des Arbeitsvertrages illusorisch gemacht wird. In Unbedacht dessen, daß durch den Vertrag es dem Arbeiter erschwert wird, sich zu verbessern oder ohne schwere, wirtschaftliche Schädigung das Arbeitsverhältnis zu wechseln, ist er ein Verstoß gegen die guten Sitten. Die Versammlung erwartet von der Regierung, daß sie gegenüber denartigen Verträgen der Arbeitgeber Wandel schafft, weil nicht zu erwarten ist, daß die Arbeitgeber freiwillig die Sperrmaßregeln aufheben. Ein weiteres Mittel zur Bekämpfung derartiger rechtswidriger Geheimverträge erblieb die Versammlung in dem Zusammenschluß der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen und sie fordert deshalb alle Arbeiter auf, von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Die Metallgewaltigen lassen sich durch den Protest der Arbeiterschaft allerdings nicht im mindesten stören; die Behörden kümmern sich nicht um die ungerechten und moralwidrigen Abmachungen der Herren Eisenwerken. Die Arbeiterschaft muß sich selber helfen durch den Zusammenschluß und energische Arbeit in unserer gewerkschaftlichen Organisation. Dann erst werden solch haarschäubende Verträge unmöglich sein.

Aus dem Unternehmerlager.

Tarifgegner im Kleingewerbe.

Der Westdeutsche Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede und der Verband selbständiger deutscher Installatoren haben sich in einer am 27., 28. und 29. Juni in Düsseldorf stattgefundenen Generalversammlung zu einem Verband vereinigt unter dem Titel: „Verband selbständiger deutscher Installatoren, Klempner und Kupferschmiede e. V.“ Nach dem vorliegenden Protokoll zählt diese Organisation annähernd 4000 Mitglieder, von denen 7 bis 800 an den Verhandlungen in Düsseldorf teilgewonnen haben. Von Interesse für uns Metallarbeiter sind besonders die Erörterungen über die Stellung zu den Tarifverträgen. Da steht es auf Seite 41, 42 und 43 des Protokolls:

„Den folgenden Antrag Cassel:

Der Hauptverbandstag wird ersucht, den Vorstand zu beauftragen, mit allen Mitteln auf gleichmäßigen Ablauf und Kündigungstermine bestehender und künftig zum Abschluß kommender Tarifverträge mit Arbeitnehmern hinzutreten,

gegründet kurz Herr Ed. Leister-Cassel. In anbetracht der großen Gegnerschaft, welche die Arbeitgeber an den sozialdemokratischen Gewerkschaften haben, müsse bei diesem Punkte ganz besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß nur Einigkeit stark macht. Bisher waren die Arbeitgeber leider weder einig noch stark gewesen, dem Gegner wissam entgegenzutreten, daher sei es zu empfehlen, sich rechtzeitig zu wappnen, wie solches durch Annahme des Antrages Cassel sich ermöglichen läßt. Ein gleichmäßiger Ablauf der Tarife werde die Widerstandschaft der Arbeitgeber stärken.

Herr Gutknecht-Hamburg (zweiter Verbandsvorsitzender) vertritt die Ansicht, daß jegliche Verträge vom Nebel seien, und der Abschluß stets eine Gefahr für den Arbeitgeber bilden. Bei jedem neuen Abschluß müsse der Letztere etwas zugeben, und es werde schließlich des Guten zuviel werden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß durch Annahme des Antrages, überhaupt durch Abschluß von Tarifverträgen, nur die Sozialdemokratie gestärkt werde. Das Risiko beim Vertrage habe immer nur der Arbeitgeber, da die Arbeiterschaft, wie es sich vielfach erwiesen, nach Vertragshäufigkeit werden. Er bitte daher, den Antrag Cassel abzulehnen.

Diese Ausführungen findet der nachfolgende Redner, Herr Webster-Cöln, nicht in allen Teilen zutreffend, teils könne er sogar das Gegenteil berichten. So habe man z. B. früher in Cöln die verschiedensten Unannehmlichkeiten gehabt und wäre infolgedessen 1905 zum Abschluß eines Tarifvertrages übergegangen. Das Resultat desselben sei für die Arbeitgeber ein günstiges gewesen. Während der jetzt dreijährigen Dauer des Vertrages habe das Schiedsgericht nur vier Fälle zu reguli gebaut, im allgemeinen sei keine Ursache zu klagen vorhanden, ein Beweis, daß ein gut getätigter Vertrag sehr wohl Sicherheit biete. Man habe, da sich in Cöln infolge des Vertrages vieles besser gestalte, diesen bis 1910 zu teils noch günstigeren Bedingungen verfertigt, einem Zeitpunkte, wo voraussichtlich neue Bestimmungen Platz greifen werden. Er müsse allerdings sagen: Bei Abschluß eines Vertrages die Augen auf, oder den Teufel!

Herr Barth-Heidelberg pflichtet den Worten des Herrn Gutknecht bei. Indessen möge man, da die bestehenden Verträge sich nun nicht einmal aus der Welt schaffen und unter Umständen der Abschluß neuer nicht zu umgehen sei, den Antrag Cassel nicht ohne weiteres ablehnen.

Zu den Ausführungen des Herrn Gutknecht bemerkt der Antragsteller, Herr Leister, daß mit dem Antrag eigentlich nicht der Abschluß neuer Verträge befürwortet werden solle. Solche würden indessen trotz allen Sträubens doch hier und da geschlossen werden. Man müsse sich vorsehen, um diesen Kampf gewappnet aufzunehmen zu können. Herr Gutknecht beruft sich auf die Worte des Herrn Barth und möchte zu bedenken geben, daß durch Annahme des Antrages Cassel fundgegeben werde, daß man Verträge überhaupt wünsche! Er beantragte nochmals Ablehnung!

Herr Bechert-Schweinfurt teilt mit, daß die Baukommission seines Wohnortes mit den Maurern um einen Tarifvertrag eingegangen sei, nur um Ruhe zu bekommen. Er müsse aber ebenfalls befürchten, daß Tarifverträge im allgemeinen nicht halten, was sie versprechen.

Sein Vorschlag geht dahin, die gesamten Verträge dem Verbande zu unterstellen und sollen, wenn irgendwo ein Vertragsbruch vorkomme, die Verträge alleamt hinfallig werden.

Herr Dierlein (einer der führenden Männer im Verband) hält es für richtiger, wenn Cassel seinen Antrag vorläufig zurückzieht. ist Gegner von Tarifverträgen, und Herr Gutknecht habe mit seinen Ausschreibungen nicht ganz unrecht. Wie der Verfaßung bekannt sei, beschäftigte sich auch der Leipziger Verband zurzeit mit der Streitbabwehr, vielleicht könne bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen die Casseler Ausschreibung als Material Verhandlungsinhalt. Er bitte Herrn Leister, diesen Vorschlag anzunehmen und seinen Antrag zurückzuziehen. Durch Zustimmung des Herrn Leister findet der Punkt Erledigung.

Dieser Einblick in die Absichten der Unternehmer ist für die Arbeiter im Installateur- und Klempnergewerbe äußerst lehrreich. Etwaige Tarife sollen alle einheitlich ablaufen, um „die Widerstandskraft der Arbeitgeber zu stärken“, wie die Antragsteller betonten. Das heißt auf Deutsch, um gegebenenfalls durch allgemeine Aussperrungen die Arbeiter mitre zu machen. Kollegen, merkt ihr was?

Aber der zweite Verbandsvorsitzende Gutknecht hält jegliche Verträge für ein Lebel und eine Gefahr für die Arbeitgeber. Und doch wird es noch lange dauern, bis diese Herren eine andere Auffassung vom Wezen des Tarifvertrages bekommen werden, zwar nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. All den Arbeitern im Installateur-, Klempner- und Kupferschmiede-Gewerbe allein wird es liegen, Leuten, wie den Herrn Gutknecht und Dierlein die Angst vor den Tarifverträgen abzugehn. Die Ausführungen des Herrn Webster-Cöln, der aus der Praxis die günstigsten Wirkungen des Tarifvertrages hervorheben könnte, machen auf solche Leute keinen Eindruck. Sie sind prinzipiell Gegner der Gleichberechtigung ihrer Arbeitgeber beim Abschluß des Arbeitsvertrages, sie wollen die Bedingungen einseitig dictieren, das ist des Prudels Kern.

Die Arbeitern in den genannten Gewerben aber wissen nun mehr, woran sie sind. „Allgemein sei der Verband Gegner von Tarifverträgen“, wollte Herr Dierlein konstatieren. Das muß auch die gleichgültigen, gedankenlosen Kollegen aus diesen Branchen aufrufen und sie in die Organisation hineintreiben. Installatoren, Klempner und Kupferschmiede, schließt Euch dem christlichen Metallarbeiterverband an! Für Euch gilt das Wort des Herrn Webster doppelt unterstrichen: Die Augen auf der Beute!

Streiks und Lohnbewegungen.

Sulzbach. In einer gut besuchten Versammlung nahmen am Samstag, den 22. und Sonntag, den 23. August sämtliche Belegschaften der Maghütte (Rosenberg-Auerbach) Stellung zur Teuerungszulage. Letztere wurde ab November vorigen Jahres in der Höhe von monatlich 5 Mark für verheiratete und 3 Mark für ledige Arbeiter auf 5 Monate gewährt und dann auf 5 weitere Monate verlängert, welche Zeit nun mit Ende August abgelaufen ist. In Auerbach referierte Kollege Lanz aus München, in Rosenberg und Sulzbach Bezirksleiter Kollege Konrad. Des letzteren Ausführungen gipfelten in vier Fragen und ihrer Beantwortung. Die erste Frage, ist die Weitergewährung der Teuerungszulage notwendig, sei unschwer zu beantworten. Aus Notierungen der statistischen Korrespondenz an 23 Märkten ergibt sich von Juni 1907 bis Juni 1908 eine Lebensmittelsteuerung von durchschnittlich 2-3 Prozent. Somit wäre bei gleichem Verdienst eine gewisse Verschlechterung der Lebenshaltung unabsehlich. Wird nun die Teuerungszulage entzogen, so muß damit eine bedeutende Verschlechterung der ohnehin gedrückten Lebenshaltung der Arbeiterschaft eintreten. Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse, unter denen ein nicht geringer Teil unter 3 Mark Tagesverdienst hat, der Durchschnittsverdienst wohl kaum über 3,20 Mark pro Schicht ist, sind doch noch als sehr dürfzig zu bezeichnen. Daß bei der zumeist sehr aufreibenden, mit Gefahr für Leben und Gesundheit verbundenen Arbeit, eine kräftige Ernährung zur Erhaltung der Gesundheit notwendig ist, bedarf wohl kaum einer näheren Begründung. Aus diesen Gründen heraus ergibt sich dar die Notwendigkeit zur Durchführung einer generellen Löhnerhöhung von 30 Pf. bezw. 20 Pf. pro Tag als Ersatz für den Entzug der Teuerungszulage.

Die nächste Frage, kann die Maghütte dies leisten, findet ihre treffende Beantwortung in dem kürzlich für das Geschäftsjahr 1907/08 veröffentlichten Bericht. Neben Abschreibungen von 1 591 821,57 Mark und den üblichen Gratifikationen, kounnen noch 22,18 Prozent Dividende verteilt werden. Also auf je 100 Mark angelegtes Geld mühelos 22,16 Mark Gewinn in einem Jahr. Dieser sehr günstige Abschluß war möglich trotz Konjunktur-Rückgang und damit Minderung der Aufträge, trotz dem auch für die Maghütte kostspieligen Streik in Haibach, trotz der bisher gewährten Teuerungszulage. Diese Tatjachen reden für die Arbeiterschaft eine mächtige, eindringliche Sprache; mit ehrlicher Stimme rufen sie gewissermaßen den Arbeiter auf zur Organisation, zur Vertretung seiner Standesinteressen, um sich an dem Erfolg ihrer Hände Arbeit den gerechten Anteil zu sichern.

Die weitere Frage, begnügt sich die Arbeiterschaft auch ohne Zulage, kann man überall dort beantwortet hören, wo Arbeit zusammenkommt. Und so mancher, der sonst schimpft und räsoniert, hat nicht so viel Menschenbewußtsein, als Mann selbst hand anzulegen. Wieder andere wollen allen Groß mit Bier oder Schnaps hinunter schwingen. Von solchen wird getrunken, oft bis die Sinne schwinden und für diese kurze Zeit wird dann allerdings

den 13. Sept. 1903 der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. September fällig.

Ach alle Verbandskollegen!

In den Tagen, da diese Nummer erschien, fand in München die Generalversammlung unseres Verbandes. Bei derselben hat die Verbandsleitung einen umfangreichen Vorstandsbericht über die gesamte Tätigkeit unseres Verbandes nach innen und außen zusammengestellt. Aus der Ankündigung desselben ist zu ersehen, daß die Kollegen die Wochensumme von 10 Minuten vor Mittagschluß die Möglichkeit zur Reinigung gegeben werden.

Nach eingehender Aussprache wurde in allen vier Versammlungen einstimmig beschlossen, eine generelle Lohnhöhung von 80 bzw. 20 Pf. pro Tag, verbunden mit entsprechender Erhöhung der Altkostendate, bei der Generaldirektion zu beantragen. Dieses soll durch Einführung einer Wochensumme von 10 Minuten vor Mittagschluß die Möglichkeit zur Reinigung gegeben werden.

Die entsprechende Eingabe von der Bezirksleitung unseres Verbandes blieb unbeantwortet, doch soll mit dem Arbeiterausschuß über diese Punkte verhandelt werden. Der Standpunkt der Großindustriellen, "mit Außenstehenden unterhandeln wir nicht", wird auch hier hoch gehalten. Die Bedeutung des Standpunktes läßt sich wohl am besten durch ein Beispiel illustrieren. Seien wir den Fall, in der gelben Metropole Augsburg wäre eine Lohnbewegung. Die Arbeiterschaft hätte die Wahl zwischen folgenden 8 Vertretungen gut Unterhandlung mit dem Arbeitgeber. 1. Ein Vertreter der Organisation und eine aus der Mitte der Kollegen gewählte Lohnkommission. Hier können die Kollegen der Lohnkommission ihre Kenntnis der praktischen Verhältnisse beweisen, der "außenstehende" Vertreter ist ständig unabhängig, kann sich auch einmal ein Wort der Kritik erlauben, kurz, er kann die Interessen der Arbeiter massiv, aber entschieden vertreten. Dem Außenstehenden kann nicht gefährdet werden, man kann sich des unbedeutenen Vertreters der Arbeiter-Interessen und -Rechte nicht entledigen. Die Großindustriellen wissen sehr wohl, daß der Arbeiter seinem Brüder gegenüber nicht frei, sondern im gewissen Sinne abhängig ist, daher die Abweitung gegen außenstehende Vertreter. Das Wichtigste ist natürlich die möglichst große Zahl der Wähler zum Verteilten Stehenden!

Eine zweite Vertretung denkt man sich durch den Arbeiterausschuß. Wenn auch nicht so wie im ersten Fall, so ist doch auch hier eine gute Vertretung möglich, vorausgesetzt, daß die Kollegen im Arbeiterausschuß gute Gewerkschafter sind und die Arbeiterschaft ebenfalls geschlossen wie eine Mauer hinter ihnen steht. Ein Almosen-Verein kann nicht als feste Mauer gelten, hier ist alles nur Pappe, es fehlt der bindende "Kitt", die Kriegskasse, vor der allein die Arbeitgeber indirekt Respekt haben.

Die letztere Vertretung denkt man sich von einem Almosen-Verein. Dessen Mitglieder bekommen allerlei besondere Wohltaten, z. B. nach 5 Jahren 5 Mark (!) Prämie. Diese Almosen-Empfänger können nur sagen, wir sind unter allen Umständen auch mit allem zufrieden. Die Wahl zwischen diesen verschiedenen Vertretungen dürfte wohl kaum schwer fallen.

Ein Kuriosum sei noch bemerk't. Am selben Tage, als die Einladungssettel verteilt wurden zu obigen Versammlungen, ging dem Verein "Alte Mühle", auch "Gelbe" genannt, ein Nachricht auf; sie bewarben sich ebenfalls um Lohnhöhung. Wir wissen natürlich nicht, ob ein Vorgesetzter erst das gelbe Nachlicht angezündet, ihnen etwa gesagt wurde, röhrt euch um diese Sache, das sieht dann so aus, als ob ihr auch das gleiche wie die Gewerkschaften tun könnt. So sich auf den gelben Beim füren zu lassen, ist nur bei denen möglich, die nicht alle werden. Die große Zahl der Kollegen hat ihre Lage erfaßt, in den letzten Wochen hatten wir gegen 90 Neuaufrnahmen. Auch der Leiter muß noch zur Einsicht kommen, daß sein Platz nur sein kann in unserer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband.

Nur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuhenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Windlar Bez. Köln. Die Arbeiter der Felsensäfrik W. e. R. Nein stehen im Streik infolge von Altkostenduzierungen von 10—15%.

Dortmund-Lüdinghausen. Über die Firma Schulte, Baubeschlagsfabrik, ist die Sperrung verhängt.

Dortmund-Uhlen. Bei der Firma Flu me. u. Z. steht die Formere und Gießereiarbeiter wegen 20% Altkostenduzierung in Kündigung.

Zugang ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwächt zwischen den westfälischen Stanz- und Emailleurwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserem dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag-

ta sollte man doch meinen, es müßte der leiste Hochofenarbeiter sich sagen, so kann es nicht weiter gehen. Wir großer Zahl hat es auch eingesehen und sich organisiert, hoffentlich folgen die übrigen bald nach.

Nun müssen wir auch noch vom Waggonbau berichten. Auch diese Kollegen halten wir zu einer Versammlung eingeladen. Leider waren nur wenige erschienen und von diesen waren die meisten Hauptmacher des "Waggonbauvereins" (gelber Verein). Kollege Waldes legte in seinem Bericht den Unterschied der Organisation gegenüber dem Waggonbauverein dar. Er bewies den Kollegen, daß hauptsächlich für die jungen Kollegen nur eine zentralisierte Organisation in Betracht kommen könne. Daß die Hauptförderer des Waggonbauvereins sich nicht organisiert, davon sei er überzeugt. Diesen würde es mit Voraus an, für ihre Person etwas herauszuschlagen. Der Waggonbauverein könnte auch keine Lohnabzüge durchsetzen, dieses könne nur eine starke Organisation durch Schaffung von Tarifverträgen. Daß man auch die Mitglieder des Waggonbauvereins mit Abzug bedachte, habe die leiste Zeit bewiesen. Hier riefen die Macher des gelben Vereins „gelogen“, es ist kein Abzug erfolgt. Naum hatten aber diese uns der Ortsgruppenvorstände bezeichneten mit einem Hoch auf den Waggonbauverein, von 4 oder 5 Mann angestellt, das Volk verlassen, da bestätigten uns unorganisierte Kollegen, daß sie pro Tag 50 Pf. bis 1 Mark Abzug erhalten hätten. Nur schade, daß die Hochrufe es nicht von ihren Arbeiterskollegen selbst hören, daß Abzug erfolgt sind. Aber solange die Arbeiter sich von solchen Leuten führen lassen, ist an eine Besserung nicht zu denken, deshalb Arbeiter, heraus aus den tatsächlichen Beziehungen, hinein in die Organisation, nur die allein kann unsere Lage bessern.

Essen. Trotz der schlechten Erfahrung, die man an verschiedenen Orten mit "gelben" Gewerkschaften sowohl bei Arbeitgebern, als auch umgekehrt, die in solchen Gebilden eingetretene Arbeiter mit ihren Arbeiterrichten gemacht haben, kann Essen auch den traurigen Wühlm im Anspruch nehmen, sich einer "gelben Gruppe" anzuschließen.

Nicht aus der Arbeiterschaft, sondern aus partei-politischen Gründen ist aus nationalsozialen Kreisen heraus schon seit Monaten der Versuch zur Gründung einer gelben Gewerkschaft unternommen worden in der evangelischen Arbeiterschaft. Nach außen mußte ein Herr Hesel sich im Kampf gegen die Christlich-Sozialen hervorheben, den vorgeschobenen Mann abgeben. Bisher führte dies Gebilde den Namen: "Wirtschaftliche Vereinigung für die Arbeiter Krupp'scher Werke". Nach der katholischen Handelsgruppe wurde die "Zentrale Evangelischer in nationalliberalen Kreisen betrieben und die Gründung unter der Firma "Nationaler Metallarbeiterverband Essen" perfekt gemacht bei einem Haufen von etwa 80 Getreuen.

Die Zweckbestimmung des "Verbandes", der bisher immer hinter Türen tagt, welche die Aufschrift tragen: "Geschlossene Gesellschaft", geht am besten aus nachfolgendem Wortlaut der Statuten her vor:

§ 1. Der Verband hat seinen Sitz in Essen. § 2. Der Zweck des Verbandes ist: 1. Die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage seiner Mitglieder. 2. Bekämpfung von Schutz gegen Übergriffe auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses, als auch gegen allgemeinen Terrorismus. 3. Pflege eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmern. 4. Bei Wahlen für Parlamente und andere Corporationen dar auf hinzuwirken, daß nur solche Männer gewählt werden, die national gesinnt sind und dem Arbeiterrstand nahestehen oder ihm angehören. 5. Unterstützung in Krankheitsfällen, Erwerbslosigkeit, sowie bei Todesfällen, die Gewährung eines Sterbegeldes an die mittellosen Hinterbliebenen in Höhe bis zu (?) Mark. 6. Gewährung von Rechtsschutz und Rat in allen Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis wie auch im wirtschaftlichen Leben. § 3. Mitglieder des Verbandes können werden alle Metallarbeiter, sowie alle in der Hütten- und chemischen Industrie beschäftigte Arbeiter, ebenso auch Arbeiter anderer Berufe, sofern es ihnen nicht möglich ist, einem nationalen Verbande ihres Berufes anzugehören. Es können auch Bürger, nationaler Gesinnung, die sich für die Bestrebungen des Verbandes interessieren, als Ehrenmitglieder aufgenommen werden, wenn dieselben einen Jahresbeitrag von mindestens fünf Mark zahlen. § 4. Die Anmeldung zur Mitgliedschaft kann direkt beim Vorstand oder auch bei einem Vertrauensmann des Verbandes erfolgen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. § 5. Mitglieder, welche durch irgend ein Verhältnis gezwungen werden, ihren Beruf zu wechseln, können nach wie vor vollberechtigte Mitglieder des Verbandes bleiben, wenn sie ihren Verpflichtungen nachkommen. § 6. Als Beitrag werden monatlich 30 Pf. Einführungsgeld. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. August 1903. Bei der Aufnahme erhält jedes Mitglied eine Mitgliedskarte und ein Exemplar der Vereinsregulamen, wofür 10 Pf. zu entrichten sind. § 7. Die Beiträge sind am 1. Sonntage eines jeden Kalendermonats im Vereinslokal zu entrichten, und zwar von 11—11½ Uhr an. In diesen Tagen findet jedesmal eine Versammlung statt, in der die Tagesfragen zur Besprechung kommen. Konfessionelle Fragen sind ausgeschlossen. § 8. Die Mitgliedschaft erlischt: 1. durch freiwilligen vorher angezeigten Austritt, 2. durch groben Verstoß gegen die Interessen des Verbandes, 3. durch Nichtzahlung des Beitrags für mehr als 6 Monate. Über den Ausschluß eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand. Innerhalb 2 Monaten steht dem Mitgliede die Verpflichtung an, die Generalversammlung frei.

§ 9. Die Leitung des Vereins erfolgt durch den Vorstand, der den Verein auch nach außen vertritt. Der Vorstand ist immer beschlußfähig, unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder. Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Generalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit. Alle 3 Jahre schiedet die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus, jedoch niemals der Vorstand und dessen Stellvertreter zusammen. Dasselbe Verhältnis gilt auch für den Schriftführer und den Kassierer und deren Stellvertreter. Der Vorstand besteht aus: 1. dem Vorsitzenden, 2. dem Stellvertreter, 3. dem Schrift-

Führer, 4. dessen Stellvertreter, 5. Sein Kassierer, 6. dessen Stellvertreter, 7. Geheimer. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter beruft und leitet die Versammlungen, die allmonatlich stattzufinden haben. Er beaufsichtigt ferner die Kassenführung. Zur Einberufung einer außerordentlichen Versammlung ist der Vorstand verpflichtet, wenn ein Besuch darum eingeholt, welches von mindestens 20 Mitgliedern unterzeichnet ist, und den Zweck der Versammlung in Form eines oder mehrerer bestimmter Anträge enthält.

§ 10. Von der Generalversammlung sind alljährlich 3 Rechnungsprüfer zu wählen. Die Kassenprüfung kann jederzeit erfolgen; dieselbe ist mindestens zweimal im Jahre vorzunehmen. Bericht hierüber hat in der darauf folgenden Generalversammlung zu erfolgen. Es muss mindestens einmal im Jahre eine Haupt- oder Generalversammlung stattfinden.

§ 11. Der Vorstand ist berechtigt, in jedem Betriebe, welcher Verbandsmitglieder beschäftigt, geeignete Vertrauensmänner zu erneuern. Die Vertrauensmänner können zu den Beratungen des Vorstandes hinzugezogen werden.

§ 12. Die Tätigkeit des Vorstandes ist eine ehrenamtliche. Durch die Generalversammlung kann alljährlich dem Kassierer eine Vergütung für seine Dienstleistungen bewilligt werden, über deren Höhe die Versammlung bestimmt.

§ 13. Ergänzungen und Änderungen der Satzungen können nur durch eine Dreiviertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder einer hierzu besonderst einzuberufenen Generalversammlung beschlossen werden.

§ 14. Die Auflösung des Verbandes kann nicht erfolgen, solange er noch mindestens 80 Mitglieder zählt und sofern diese auf dem Fortbestande des Verbandes bestehen. Über die Auflösung entscheidet die Generalversammlung mit zwei Dritteln der Mitglieder. Etwaiges Vermögen wird bei Auflösung des Verbandes den geleisteten Beiträgen entsprechend unter die noch vorhandenen Mitglieder verteilt.

Der "Verband" will also vor allen Dingen auch in politischen Wahlen machen. Da liegt das Problem fern. Dass die Essener Arbeiterschaft für solche Art "Interessenvertretung" das richtige Verständnis zeigen wird, braucht nicht näher betont zu werden.

Zuvorweit das wirtschaftliche Interesse der Mitglieder bei 30 Pfg. monatlichem Beitrag gefördert, sowie hierzu noch die Gewährung von Kranken-, Erwerbslosen- und Sterbehilfeunterstützung gezahlt werden soll, das bleibt noch Geheimnis der an der Spitze stehenden Personen. Oberhaupt, wie Augsburg zc., die Firma aus?

Interessant ist, dass an der Firma S. & H. gelten Gründung ein Herr Munchath ist, der bisher sein Glück schon mal bei den Genossen versucht und sich diesen in den Vorstand der Krupp'schen Betriebskassenfasse wählten ließ. Die Genossen haben aber keine Ehre mit ihm eingegangen und lassen ihn daher bei der letzten Wahl wieder fallen. Jetzt ist er bei den Gelben gelandet, eine Wahlnachnung, die man auch anderswo bei vielen Genossen bisher machen konnte.

Pforzheim. Eine Standversammlung, wie wir solche in Pforzheim leider schon oft erlebt haben, hat am Montag, den 24. August 1908 hier stattgefunden. Dieselbe war einberufen vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter H.-D., Ortsverein der Gold- und Silberarbeiter, wie der schöne lange Titel heißt. Die Führer dieses Vereins sind gute Sozialdemokraten, wie sie schon des öfteren in der Öffentlichkeit bekannt waren, und waren früher in die Freunde und Gewerkschaftsgenossen derer vom alten Metallarbeiterverband.

In Masse zogen deshalb die Genossen des letzteren Verbandes zu der obigen Versammlung. Auch einige christliche Kollegen waren dort, um zu sehen und zu hören, was sich die alten guten Freunde nach ungefähr einem Jahr Waffenstillstand zu sagen hatten. Der Referent bemühte sich sehr, einen objektiven und sachlichen Vertrag zu halten. Hätte er nicht immer nur von katholischen Arbeitern gesprochen, die durch die Parteipolitik der sog. "freien" Gewerkschaften gezwungen worden seien, eigene Gewerkschaften zu gründen, und hätte er nicht gänzlich verschwiegen, dass auch evangelische Arbeiter den christlichen Gewerkschaften angehören, dann hätte man glauben können, er spreche von den christlichen Gewerkschaften. In Wirklichkeit finden wir alles Gute und Schöne, das er in seiner Richtung hervorholte, als da sind: Neutralität auf politischem wie religiösem Gebiet, Achtung der politischen und religiösen Freiheit, Kollegialität usw. doch schließlich nur allein in den christlichen Gewerkschaften.

Dies und noch manches anderes hätten wir gern in der Diskussion ergänzt, aber wir konnten doch den harmonischen Austausch von gesetzten Lebenswürdigkeiten zwischen denen, die sich in mancher Beziehung so nahestehen, nicht beinträchtigen. Es zeigte sich da wieder so recht, wie in den beiden Gewerkschaften alle Bildung fort — schreitet.

Während sich die Führer der beiden Richtungen unter anderem ihre schon erlittenen Strafen wegen Beleidigungen vorwarfen, schinderten die kleinen Geister mit Ausdrücken wie frecher Lügner, Lump, Blödäler, sogar der unruhigste bekannte Pforzheimer Volksausdruck, der mit S anfängt und mit e endet, wurde des öfteren gebraucht, jedoch nur mit der Vorliebe S. & H. (Ekelhaft).

Danit die Christlichen nicht ganz leer ausgingen, konstatierte der Genosse Steinmayer, dass ein Begründer der Christlichen in einer Versammlung in Birkenfeld gesagt habe, es seien ihm keine Terrorismussfälle aus Pforzheim gemeldet worden. (Als ob damit gezeigt ist, dass keine vorkommen.) Hierauf wünschte er, dass die heutige Versammlung den gleichen Erfolg haben möchte, wie die der Christlichen in Birkenfeld; die hätten dort einen Kollegen gehabt und der sei durch diese Versammlung wieder ausgetreten. Lebhafte Beifall folgte diesen Worten.

Dabei hat dieser Kollege in Birkenfeld erklärt, dass er den in unserem Verband bleiben würde, aber seit der Versammlung wissen die Genossen in Birkenfeld, dass er christlich organisiert sei. Jetzt könnte er sich nirgends mehr zeigen, auf der Straße, im Wirtshaus, irgendwo überall werde er verhöhnt. Wenn er nicht bei uns austrete, müsse er befürchten, dass er noch unglücklich werde. Ist das nicht Terroristus?

Soche Fälle könnten noch viele eingehten werden, aber wo zu denn, der Herr Steinmayer wünscht ja, dass solches geschehe. Da wird der Terrorismus großgezogen. Christliche Metallarbeiter von Pforzheim und Umgegend, evangelisch wie katholisch! Wie lange wollt Ihr Euch noch ducken unter der sozialdemokratischen Krone? Da hilft keine soft- und kraftlose Organisation wie die der Hirsch-Dunderschen. Hier gehört eine Organisation mit einer festen Grundlage, mit dem Christentum als Fundament her, um ein Gegengewicht zu haben gegen das alter Freiheits- und Gleichheitsphasen hohesprechende Gebahren der Genossen. Darum auf Kollegen und besonders Ihr aus den umliegenden Ortschaften, schaut Euch zusammen im christlichen Metallarbeiterverband. Z. R.

Oldenburg. Am Freitag, den 21. August, hielt das Kartell Oldenburg-Osterburg eine allgemeine öffentliche Kartellversammlung ab. Die Beteiligung von Seiten der christlich organisierten Kollegen war sehr stark. Von den Sozialdemokraten waren 12–14 Männer anwesend. Kollege Hartmann aus Hamburg referierte über das Thema: "Der Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse". Nebenführte ungefähr folgendes aus:

Die deutsche Industrie hat im 19. Jahrhundert eine ungeahnt rasche und immer mehr steigende Entwicklung erfahren, welche aber für die Arbeiterschaft von manchen nachteiligen Folgen begleitet war. Die Industriellen haben sich zusammen geschlossen in Trusts, Syndikate, Arbeitgeberverbände usw. Diesen gegenüber ist der Arbeiter machtlos, wenn er sich nicht gewerkschaftlich organisiert. Nachdem der Referent noch über den Achtstundentag gesprochen hatte, sagt er auf die gegnerischen Organisationen zu sprechen. Zu Anfang dieser Ausführungen erklärte der Referent, dass es nicht in seiner Absicht liege, die anderen Organisierten zu beleidigen. Er führte der Versammlung vor Augen, wie verkehrt es ist, wenn der Klassenkampf in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen wird. Die Sozialdemokratie und ihr Hassassenhass wären auch leicht viel mit schuld daran, wenn die sozialen Missstände nicht schon mehr beseitigt wären. Durch die Klassenkampftheorien, welche sie vertreten, bekommen sie keinen Einfluss auf die Regierung ... fassen die Unternehmer ab.

Dann kam Nebner auf die Hirsch-Dunderschen zu sprechen. Über diese Gewerkschaften wäre überhaupt nicht viel zu sagen, denn sie wären derart in der Rückständigkeit begriffen, dass sich diese Richtung ihr Urteil selbst schreibe. Nach einer kurzen Befragung der "Freien" kam der Referent dann auf unsere Bewegung zu sprechen.

Die christlichen Gewerkschaften wären in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einem Machtfaktor geworden, mit welchem Grund und Ziel zu rechnen hätte. Ja sogar bis in die höchsten Regierungskreise reicht unser Einfluss, das beweist schon die Bewegung der Hütten- und Walzwerkbarbeiter, die eine Frucht der Tätigkeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes ist. Ein wachechter Gewerke, wie er im Buche steht, hat schon zugeben müssen, dass ohne die Christlichen nichts anzufangen wäre, weil diese einen größeren Einfluss hätten. Das war kein Geringerer als H. selbst. Mit einem warmen Appell an die christlich organisierten Kollegen, treu zur Fahne zu halten und die Agitation immer mit frischem Mut aufzunehmen, schloss der Referent seinen Vortrag.

In der darauffolgenden Diskussion ergriff zunächst "Genosse" Kraft, Vorsitzender der Zentralstelle des sozialdemokratischen Arbeiterschafterverbandes, das Wort. Er meinte, auf das "konfuse Gedanke und Gefühl" des Referenten wolle er nicht eingehen. Aber dass die "freien" Gewerkschaften noch wenig positive Arbeit geleistet hätten, wollte er sich nicht gefallen lassen. Er verlas dann einen spätsalangigen Artikel aus seinem Verbandsorgan, welcher angeblich aus einem christlichen Blatte (Vereinsbote) stammte und nach nach weichem die sozialdemokratischen Gewerkschaften die einzige wahre Arbeiterinteressenvertretung seien.

Als er mit seiner Vorlesung fertig war, wurde ihm vom Kartellvorstandigen Kollegen Lechleiter treffend heimgesucht. Wenn der Genosse Kraft auf die Ausschreibungen des Referenten nicht eingehen wollte, dann würde er jedenfalls nichts darauf zu erwidern. Kollege Hartmann verwies Herrn Kraft auf das sozialdemokratische Arbeiterschaftenbuch, Jahrgang 1908, Seite 102, in welchem es heißt: Man sollte seinen Gegner anständig behandeln. Nun schlug Herr Kraft noch "fräsigter" in die Salten, indem er, nach berühmten Mustern, christliche Gewerkschaftsbeamte des Arbeiterversatzs bezichtigte. Kollege Hartmann verwies ihn darauf, wenn er Kraft, nicht das nötige Beweismaterial vorzubringen in stande sei, dann mache er lieber schweigen. Kollege Hartmann hatte zufälligerweise Beweise bei sich, in welchen eine Berichtigung und Zurücknahme der Vorwürfe, welche der Herr Kraft aus seiner Parteikirche entnommen hatte, enthalten war. Nach einer weiteren lebhaften Diskussion schloss der Kartellvorstand mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung um 12 Uhr die Versammlung.

Kollegen von Oldenburg! Nunmehr tüchtig an die Arbeit. Zeigt, dass ihr den Gegner zum Trutz Männer seid, die ihre Fahne hochhalten und die arme Arbeiterbewegung weiter auszubauen verstehen.

Thale a. H. Die Folgen der heutigen wirtschaftlichen Krise machen sich für die heutige Arbeiterschaft in immer stärkerem Maße fühlbar. Lohnreduzierungen, Arbeitszeitverkürzung und Feiertagsferien erhöhen keine rostigen Aussichten für die nächste Zukunft. Bielmeyer werden viele Kollegen schon jetzt gezwungen, die Ausgaben für die notwendigsten Lebensmittel auf das Mindestmaß einzuschränken, umso mehr, da in manchen Artikeln die Preise noch im Steigen begriffen sind. Dieses trifft besonders für Fleischpreise zu, die auf 90 Pfg. das Pfund gestiegen sind.

Nunmehr versucht die heutige Werksleitung — ob zu ihrem Ruhm, bleibt abzuwarten — die augenblickliche Lage auszumachen. Zu den letzten Tagen hatte der Organisationsgedanke festen Fuß gesetzt, und ein beträchtlicher Teil der hier beschäftigten Arbeiter hatte sich den am Orte bestehenden Organisationen angeschlossen. Zugleich unser Verband hatte sich gut entwickelt. Jetzt scheint der Direktion der Augenblick gekommen, sich aller im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehenden Kollegen zu entledigen. Dieses geschieht in folgender Weise:

Bei Betriebeinschließungen, wie sie in einzelnen Werkstätten vorgenommen werden sind, hat man sich in erster Linie der unbeschäftigen Arbeiter zu entledigen gesucht. Leute, die 10 bis 15 und 20 Jahre in einer Werkstatt beschäftigt waren, wurden anderen Betrieben überwiesen, wo sie der Arbeit nicht gewachsen waren. Emailleurarbeiter, Kiempner usw. wurden meistens dem Walzwerk zugeteilt, oder sie wurden als Plakarbeiter beschäftigt bei einem Schichtlohn von 2,80 Mark. Auf diese Weise zwang man sie, obwohl das sie gefündigt wurden, selbst ihre Entlassung zu nehmen. Auch einige unserer Kollegen sind davon betroffen worden. Besonders schaut man es auf den Vorstand unserer Ortsgruppe abgesehen zu haben. Derselbe ist circa 20 Jahre im Emailleurwerk beschäftigt, davon die letzten 14 Jahre ununterbrochen bei einer Arbeit. Derselbe wurde nun zuerst aus nichts sagenden Gründen — angeblich sollte er seine im zugewanderte Arbeit nicht pflichtgemäß ausgeführt haben — aus dem Emailleurwerk entfernt und in einen andern Betrieb beschäftigt und dann vor nicht langer Zeit, wegen Einstellung der Arbeit in diesem Betrieb, mit dem übrigen Arbeitern als Plakarbeiter bei einem Lohn von 2,80 M. beschäftigt. Jetzt, wo die Arbeit in dem Betrieb wieder aufgenommen ist, es werden dort eiserne Fässer und Tanks für Brauereien hergestellt, wurden sämtliche Arbeiter, die früher dort beschäftigt waren, zurückgefordert, nur unser Vorstand blieb bauern als Plakarbeiter zurück. Dadurch glaubt man, wie er sich selbst genötigt fühlen, die Zukunft zu nehmen. Das ist, wenn auch keine direkte, so doch indirekte Maßregelung.

Welches sind nun in Wirklichkeit die Gründe solchen Vorgehens gegen unseren Kollegen? Derselbe hat vor jeher stets und zu jeder Zeit die Interessen unserer Kollegen und unseres Verbandes vertreten. Besonders in den Fragen der Renten- und Pensionsklasse, die hier noch sehr verbesserrungsbedürftig sind, und welcher er als Vertreter und Vorstandsmitglied angehört. Letzteres ist der Hauptgrund der gegen ihn getroffenen Maßnahmen, wie der Direktor selbst sich gegen andere Personen ausgesprochen hat.

Ob ein solches Vorgehen bei beabsichtigten Zwecken, unsere Ortsgruppe lahm zu legen, erreichen wird, wollen wir stark bezweifeln. Das Gegenteil wird sicher zur gegebenen Zeit eintreten.

Aber auch in anderer Beziehung ist dieser Vorgang beachtenswert und lehrreich. Erstens ist es wieder ein Beweis, dass die so oft von anaristischer Seite vorbereitete These über "arbeiterbeschütztruppe" nicht zutreffend ist. Ebenso ist es nicht zutreffend, wenn gesagt wird, die christlichen Gewerkschaften wären schlimmer als die Sozialdemokraten. Ganz, wir leben unter denselben misslichen Verhältnissen wie die sozialistische Arbeiterschaft. Da ist es nur allzu berechtigt, dass wir nicht bloß den Wunsch nach Besserung haben, sondern auch bestrebt sind, nach allen Kräften die Arbeiterschaft zu verbessern. Wenn solches Streben aber sozialistisches Handeln bedeutet, dann wären die Beamten, die um Gehaltserhöhung petitionieren, derselben Gesinnung, dann wären die Landarbeiter, die vom Staate höhere Schutzzölle forderten, derselben Gesinnung, dann wären die Unternehmer, die in Syndikaten und Kartellen die Lage ihrer Freizeit zu verbessern suchen. Man sollte doch endlich derartige Verdächtigungen beiseite lassen.

Kollegen! Ihr seht, dass man von allen Seiten versucht, uns zu bekämpfen und zu verbünden, wie es anlässlich der Bützinger Tagung von naheliegendster Seite geschehen ist. Das muss für uns ein Ansporn sein, mehr wie bisher mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften für die Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes Sorge zu tragen und selbst treu und fest zur christlichen Fahne zu halten. Nur dann wird es möglich sein, für die Arbeiterschaft ehrliche Zustände zu schaffen und dieselben als gleichberechtigte und gleich geachtete Mitglieder in die bestehende Gesellschaftsordnung einzureihen. Den Gegnern zum Trotz, uns zum Nutz. Das muss auch fernerhin unsere Parole sein.

Wie's gemacht wird!

(Ein Beitrag zur Pensionsklassenfrage.)

Gegen die Firma Karcher u. So. in Bedingen kommt am 28. September vor dem Amtsgericht in Merzig die Klage auf Herausgabe der geleisteten Beiträge zur Verhandlung. 10 Arbeiter wurden mittler im Winter entlassen, weil sie Mitglied eines Kath. Arbeitervereins waren. Der älteste dieser Arbeiter diente seit dem Ende seiner Schulzeit — ca. 32 Jahre — „in Treue und Unabhängigkeit seinem Brothern“, wie es die „Berlin“ Fachabteilungen verlangen.

Als Ergänzung zu dem Brief in Nr. 32 unserer Organs ist noch zu bemerken:

Die Kal. Regierung forbert die Sanierung der Pensionsklasse, weil sie nach dem heutigen Stande bankrott ist. Entweder sollten die Beiträge um zweidrittel erhöht, oder die Leistungen um zweidrittel erniedrigt werden. Die Arbeiterversetzung stellt sich auf die Seite der Regierung und waren eben bereit, die Kasse aufzulösen, um nicht nach dem Wunsche des Herrn Karcher noch einer weiteren „Wohltaten“ wangscheinrichtung zu verfallen. Waren die Beiträge erhöht worden, dann hätte dies dem Herrn Karcher nach dem Stande der Kasse von 1906 1504,254 M. an Beiträgen mehr kostet und den Arbeitern ebenfalls.

Diese Wohltat war dem Herrn Karcher (für 3000 Arbeiter) zu viel, zudem dachte er wohl, dass die Arbeiter trotz Verbote im § 20 der Kasse den christlichen Gewerkschaften doch beitreten würden. Sein Vorschlag ging nun dahin, die Beiträge zu belassen, die Leistungen um zwei Drittel herabzusetzen und für Arbeiter, „die im Sinne der Firma handeln“, die zwei Drittel der Leistungen als Zusatz

willige Wohlfahrt aus der Fabrikklasse zu bezahlen ohne rechtlichen Auspruch. Diese "Wohlfahrt" hätte die Arbeiter noch mehr an die Fabrik gefesselt und zudem würden statt 15.042,54 M. nur 4.434,20 Mark durch Herrn Marck nach dem Stande von 1906 zu zahlen gewesen sein. Selbst wenn die "besten", die nicht im Sinne der Firma handeln, dabei geblieben wären, hätte Herr Marck den gewünschten Zweck noch vollkommener erreicht und etwa 10.500 M. jährlich gespart.

Da nun die Vorstandsmitglieder nicht einwilligten, kündigte Herr Marck dem Schlosser Bass am 24. November 1907, am Tage vor, und dem Arbeiter Kreis am Morgen der Wahl zum Vorstand, am 29. November 1907. In der "Generalversammlung" am Abend des 29. November redete Herr Marck zu "seinen" Arbeitern: "Man hat mir Elemente in den Vorstand gewählt". Dann schlug Herr Marck "seinen" Voten willige Vorstandsmitglieder vor. Als bei der Frage: "Wer dafür ist, daß diese gewählt werden?" nur ein paar Männer aufstanden, hieß es, "wir bin ansonsten nicht verstanden worden". Dann wurde aber mal "gewählt". "Wer für die Vorgesetzten... sieben bleiben", und alle blieben sitzen, soviel war der willige Vorstand des Herrn Marck "gewählt".

Ein Arbeiter, der nur einen Zentnen Freihusdrang in seinem Innern verspürt, lebt über ein solche im öde. Die armen, abhängigen Arbeiter in der Saar aber begreifen noch nicht, daß es anders sein könnte.

Absolut rechtlos sind die vielen Mädchen, die alle ebenso wie die Männer Beitrag bezahlen müssen, ohne auch nur im Statut der Kasse genannt zu sein. Unseres Wissens ist bis heute noch kein Mädchen in den Genuss der Pension gelangt und nur ein einziges hat soviel Dienstjahre, daß es Pension beanspruchen könnte.

Eine solche Pensionskasse ist der reinste Humbug, in der Absicht getrieben, einen willigen und bilden Arbeiterstand zu besitzen.

Hoffen wir, daß das Eingreifen des christl.-sz. Metallarbeiterverbandes auch den Arbeitern in Bedingen die Wege weist, die sie gehen müssen.

Allen aber, die unter solchen unwürdigen Verhältnissen zu leiden haben, mögen sich klar darüber werden, daß Freiheit und Rechte nur denen gehören, die sie zu erkämpfen und zu verteidigen wissen. Darum auf, in die christliche Organisation und durch sie an die Arbeit zu fernern eigenem Wohl.

L. W.

Soziales.

Die Zwangsbehandlung in der Renten-quotische.

Die Berufsgenossenschaften für Unfallversicherung gehen immer mehr dazu über, verletzte Arbeiter, kaum daß oft die Unfallwunden vernarbt sind, sogenannten medico-mechanischen Anstalten zu überweisen. Die Behandlung der Verletzten in diesen Anstalten kommt den Berufsgenossenschaften zugleich tener, während die Inhaber der Anstalten, wie Kenner der Verhältnisse behaupten, wahre Goldgruben in ihren Unternehmungen besitzen. Die hohen Kosten müssen natürlich wieder herauskommen, denn die Berufsgenossenschaften zahlen nicht umsonst. Deshalb erreichen diese medico-mechanischen Anstalten ungeheure Erfolge in ihrem Heilverfahren — auf dem Papier. Kommt ein Verletzter mit dem Bezug einer Rente von 100 Prozent in eine solche Heilanstalt, dann bringt man es dort in wenigen Wochen so weit, daß der Mann kaum noch 50 Prozent gleich gar nicht mehr erwerbsbeschränkt ist. Es wird nun in Zukunft zu erwägen sein, ob sich die Berichter eine zwangsläufige Mastratierung ihrer Interessen gefallen lassen müssen. Hingewiesen sei noch darauf, daß man in diesen Kreisen sogar, wie Neuerscheinungen in Gutachten und der einschlägigen Literatur beweisen, danach trachtet, die Verletzten gleich von Anfang an in die Hand zu bekommen, unter Beifall der dreizehntödigen Behandlung durch die Krankenkasse. Mögen unsere Arbeitersekretariate Material in dieser Beziehung sammeln, damit bei gesetzgeberischen Aktionen die vorhandenen Widerstände ausgezweigt werden.

Geld eingänge an der Hauptstraße.

Monat August.

Bonn 1163,07 Mark, Würselen 1147,83, Kassel 41,51, Stolberg 600,—, Höhen 266,93, Freising 132,88, Aue 65,92, Gütenbach 165,40, Jüngersdorf 144,39, Münster 2,25, Lachen 939,97, Höchst 217,49, Warendorf 92,40, Oberbreisbach 18,90, Gießen 8,127, Bremen 292,66, Bühl 153,93, Ulm 11,05, Schmelz 192,60, Siegen 10,—, Tübingen 422,45, Schaffhausen 68,05, Kaiserslautern 158,85, Bruchsal 20,96, Münsterberg 116,20, Wasseralfingen 416,29, Ravensburg 232,35, Thale 195,85, M. Gladbach 853,25, Sulzbach 1556,27, Karlsruhe 17,10, Lübars 25,—, Trier 98,59, Chemnitz 19,—, Frankenthal 202,52, Weinheim 18,87, Remscheid 139,30, Lippstadt 325,44, Kottweib 184,70, Kreisburg 25,20, etc., etc., etc.

brücken 12,25, Essen 8404,84, Hamm 2468,78, Gelsenkirchen 1497,50, Hörde-Bontkirchen 173,19, Hagen 695,17, Leggen 146,50, Ratingen 123,76, Sahn-Wendorf 29,50, Niedenburg 33,99, Eichweiler 114,45, Kettwig 208,32, Markt-Rheinisch 45,75, Rheinselden 48,—, Selfenthal 106,30, Straubing 52,53, Merzenbach 142,27, Bremerhaven 26,72, Oppeln 7,18, Düsseldorf 387,07, Biersen 178,55, Leer 36,89, Niederrhein 116,15, Görtsch 62,62, Olpe 563,46, Landau 41,91, Wasseralfingen 500,—, Menden 239,53, Clausenthal 22,34, Fulda 652,30, Bensberg 84,70, Pequin 15,58, Osberg 518,45, Lingen 13,10, Rheydt 308,94, Amberg 45,41, Düren 575,15, Altheide 316,05, Stuttgart 221,87, Überursel 275,04, Barmen 574,—, Bonn 60,—, Brüderberg 11,25, Ahlen 393,94, Mannheim 250,—, Lörrach 63,57, Frankfurt 305,33, Höhe 52,10, Regensburg 122,15, Bamberg 688,75, Straßburg 48,25, Ohligs 140,85, Neustadt-Musbach 37,90, Meppen 100,—, Konstanz 121,55, Singen 59,—, Südtirol 244,41, Magdeburg 350,44, Geesfeld 42,50, Münze 162,56, Dresden 17,08, Papenburg 433,59, Maderbornwald 248,87, Düsseldorf 473,95, Brühl 131,—, Oberhausen (Rhld.) 813,49, Bielefeld 816,96, Dinslaken 77,70, Oster 703,53, Wiesbaden 1,84, Wieder-Eslohe 154,—, Iserlohn 65,95, München 535,81, Baumberg 72,22, Esslingen 117,80, Liegnitz 11,22, Ingolstadt 96,20, Aßfeld 130,—, Saarbrücken 200,—, Gladbeck 189,65, Peine 14,57, Grevenbroich 25,65, Bromberg 29,62, Stettin 277,46, Darmstadt 56,45, Wasseralfingen 600,—, Zinsheim 37,18, Menden 8,70, Kiel 107,73, Hörlstal 133,33, Karlsruhe Juli: Ehrenfeld 491,20.

Literarisches.

Die christlichen Gewerkschaften. Arbeiter-Bibliothek. 2. Heft. 1.—10. Tausend. M. Gladbach 1908. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung G. m. b. H. Preis 40 Pf.

Inhalt: Vorberichtigung. 1. Kapitel: Die Geschichte der christlichen Gewerkschaften. 1. Die sozialen Bestrebungen auf katholischer Seite. 2. Die sozialen Bestrebungen auf evangelischer Seite. 2. Kapitel: Die Entstehung der christlichen Gewerkschaften. 1. Entstehungsgründe. 2. Ursätze gewerkschaftlicher Organisationen im Lager der christlichen Arbeiter. 3. Die ersten gewerkschaftlichen Gründungen im Lager der christlichen Arbeiter. 3. Kapitel: Die Klärung des Programms der christlichen Gewerkschaften in ihrer geschichtlichen Entwicklung. 1. Die Mainzer Leitsätze. 2. Der sogen. Neutralitätsstreit. 3. Die katholischen Fachabteilungen. 4. Der sog. "Militärische". 4. Kapitel: Die grundlegenden Prinzipien der christlichen Gewerkschaftsbewegung. 5. Kapitel: Die Organisation der christlichen Gewerkschaften. 6. Kapitel: Die Leistungen der christlichen Gewerkschaften. 7. Kapitel: Erfolge und Aussichten der christlichen Gewerkschaften. Anhang (Tabellen). Literatur.

Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung bedeutet die Gründung der christlichen Gewerkschaften eine epochenmachende nationale Tat. Trotz aller Schwierigkeiten und Kämpfe im eigenen Lager und aller Hemmnisse und Anfeindungen von außen sind die christlichen Gewerkschaften seit einem Jahrzehnt ihren Weg aufwärts gegangen und bilden in ihrer kraftvollen, geistigen Organisation einen bedeutenden Faktor des deutschen Wirtschaftslebens. Den Werdegang der christlichen Gewerkschaften, ihre Grundsätze, Organisation und Bedeutung zu schildern, ist der Zweck der nun in neuer Bearbeitung vorliegenden Broschüre. Sie wendet sich nicht blos an die beteiligten Arbeiter, sondern will auch in weiteren Kreisen manches noch vorhandene Missverständnis und Vorurteil beseitigen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung allenfalls in der öffentlichen Meinung die Anerkennung und Würdigung verschaffen, die ihr gebührt. Jeder christliche Gewerkschafter sollte im Besitz dieser Broschüre sein.

Das Reichsvereinsgesetz. Ein praktisches Handbüchlein für das Vereinsleben von Karl Schirmer. Mitglied des Reichstages. Verlag: Buchhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine. Preis 50 Pf., Partie billiger.

Der Verfasser, welcher der Reichstagskommission zur Vorberichtigung des Vereinsgesetzes angehörte, gibt auf Grund dieser Beratungen auf 112 Seiten einen ausführlichen Kommentar zu dem Gesetze, behandelt die Ausführungsbestimmungen in den süddeutschen Staaten, hebt die einzelnen Vorschriften im Gesetze besonders hervor und gibt Hinweise für die praktische Anwendung. Für die süddeutschen Bundesstaaten als praktisches Handbüchlein besonders empfehlenswert.

Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. Eine geschichtliche Darstellung von M. Goedecker, Redakteur. 400 Seiten. Preis M. 3,—. Verlag: Buchhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine. München, Herrenstraße 36.

Das Buch gibt einen allgemeinen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung in den süddeutschen Staaten mit ausgiebiger Berücksichtigung der Gesamtbewegung, wozu der Verfasser, selbst aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen und heute noch mitten drin stehend, besonders in der Lage war. Aus dem Inhalt des Buches seien folgende Kapitel angeführt:

1. Teil. Die Standesvereine: Entstehung des katholischen Vereinswesens in Deutschland. — W. Emanuel v. Petterer. — Die christlich-sozialen Vereine. — Kathol. Arbeitervereine. — Evangelisch-soziale Bestrebungen. 2. Teil. Die Berufsgenossenschaften (Gewerkschaften): Fachabteilungen und Arbeitersozialvereine. — Von Volksverein zur Zentralorganisation. — Die Staatsbediensteten-Vereände u. sc.

Veranstaltungsräume.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Annen. Sonntag, den 13. Sept. morgens 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Wirt Carl Happe, Annen, Bahnhofstr. 6.

Barop. Sonntag, den 13. Sept., nachm. 6 Uhr Versammlung bei Klinker.

Belecke. Sonntag, 13. Sept., nachm. 2 Uhr Versammlung im Lehrerlehrerhof.

Widmarkshütte. Samstag, den 19. Sept. abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Tiehauer.

Wochum. Sonntag, 13. Sept., abends 8 Uhr Generalversammlung mit anschließendem Familienfest. Frauen mitbringen.

Bremen. Am 12. Sept. Versammlung mit Vortrag im neuen Verbandslokal Gräfinnestr. 12. Gasthof zur gemütlichen Zeit.

Bromberg. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 20. Sept. im Lokal Bels, Prinzenthal 4. Schule (mit Frauen). Vortrag des Kollegen Holmann.

Durlach. Sonntag, den 12. Sept. abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Tannhäuser, Ref. Kollegie Franzen, Duisburg-uhrt.

Duisburg 1. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus Seitenstr. 19 Bericht über die Generalversammlung in München.

Dortmund (Bezirk Union). Montag, den 14. Sept., abends 8½ Uhr Versammlung bei Schüller, Rheinischestr.

Eßlingen (Wittbg.). Die Adresse des Vorsitzenden ist: Otto Feindl, Mitterstr. 12. Unterführung zahlt aus: Richard Date, Linienstraße 62, abends von 8½ bis 8 Uhr.

Essen Ortsverwaltung. Am Sonntag, den 20. Sept., vorm. 10½ Uhr findet die außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Zugeständnung: Verpflichtung von der Generalversammlung in München. Am Eingang ist das Verbandsbuch vorzuzeigen. Die Sektionsversammlungen fallen aus.

Essen Schlosser und Schmiede. Samstag, 19. Sept., abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. Ref. Kollegie Leupke.

Essen-Huttrop. Sonntag, 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Huttrop, Chausseestraße.

Essen-Werden. Sonntag, 13. Sept., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Kimmelsbaum, Huhstr.

Essen-Berge-Borbeck. Sonntag, 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Bortmann, Hochstraße.

Essen-Klempter. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße 19.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 13. Sept., abends 9 Uhr Versammlung im Lokale Bösch, Segerothstraße.

Essen-Nellinghausen. Sonntag, 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Köyne, Hauptstraße.

Essen-Kratz. Sonntag, den 13. September, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokale Freitag, Grenzstraße.

Geisweid. Sonntag, 13. Sept., nachm. 4 Uhr Versammlung bei Gastwirt Schäfer. Ref. Kollegie Gierk.

Gelsenkirchen Ortsverwaltung. Sonntag, den 20. Sept. vorm. 11 Uhr allgemeine Versammlung bei Dirkes. Bericht über die Generalversammlung in München. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Gelsenkirchen-Nienstadt. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Masius.

Gelsenkirchen-Bulmke. Samstag, den 12. Sept., abends 8 Uhr bei Melchede Versammlung.

Hamm Ortsverwaltung. Sonntag, den 18. Sept. nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus.

Hüsten. Sonntag, 13. Sept., 2 Uhr nachm. bei Wm. Hellmann nächste Versammlung. Unorganisierte Kollegen sind mitzuziehen.

Kalk. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 10½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Schröder. Da wichtiger Vortrag, Erscheinen aller Kollegen unabdingte Notwendigkeit.

Ludwigshafen. Der Vorsitzende wählt Ludwigshafen Mundenheim, 2. einheitl. 2. Vertreter. Auskunft erteilt der 11. Vorsitzende Michael Leibig, Rohrlachstr. 22, sowie Kassierer Kolleg Jakob Jung, Lagerhausstr. 84. — Samstag, den 12. Sept. abends 8½, Uhr Rohrlachstr. 22 Versammlung. Referent: Kolleg Engel aus Diedenhofen.

Nünen. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Mämann.

Neheim. Nächste Versammlung ist Sonntag, den 13. Sept. abends 8 Uhr im Centralhof. Wichtige Tagesordnung.

Bezirk Oberfrankenweide. Samstag, 13. Sept., abends 8½ Uhr Versammlung bei Oelsch, Wattstr. Wichtig für Vertraulandsleute.

Oberhausen 1. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Dohler.

Oberhausen-Mülheim. Sonntag, 13. Sept. vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Oker. Sonnabend, den 12. Sept. große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referent: Kolleg Jakob Winter, Berlin. Thema: Welche Anwendung ziehen die Arbeiter aus der jetzigen Wirtschaftskrisis. Freie Diskussion. Auch die Frauen sind willkommen.

Oelde. Am Samstag, den 12. Sept., findet im Vereinslokal Th. Sommer, abends 8½ Uhr eine öffentliche Arbeiter-Versammlung mit freier Diskussion statt, zu der jeder unserer Kollegen erscheinen muß. Referent Bezirksteiler Wallbaum-Bielefeld.

Schwerte. Sonntag, den 13. Sept., vorm. 11½, Uhr Versammlung bei Schwermann.

Unterboden. Sonntag, den 13. Sept. nachm. 8 Uhr Versammlung im Lokale "Birch."

Warstein. Sonntag, den 13. Sept., nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Mues.

Flugzettel :: :: :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: :: Liedertexte
Statut - Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Drucksachen

liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billige Berechnung. Promote Auslieferung der Postpäckchen.

:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::

Echo vom Niederrhein, Duisburg.